

DKP-Informationen

Nr. 3/2010 - 21.Juni 2010

Vier-Parteienkonferenz 2010

Zum 5. Mal kamen am 17. und 18. April Delegationen der Kommunistischen Partei Luxemburgs KPL, der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande NCPN, der Partei der Arbeit Belgiens PVDA/PTB und der DKP zu ihrer jährlichen Beratung zusammen.

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP

Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen

- Eigendruck -

Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

Es ging um EU-Europa nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, durch den die neoliberale Ausrichtung der EU ebenso forciert werden soll wie deren Ausbau als weltweit intervenierende Militärmacht.

Am Beispiel Griechenland wurde diskutiert, wie die Souveränität gerade der ökonomisch schwächeren Staaten eingeschränkt und die bürgerliche Demokratie eingeschränkt werden.

In den Ländern der in Leverkusen vertretenen Parteien gibt es überall den Widerspruch zwischen der offiziellen Propaganda, nach der die Krise überwunden sei einerseits und der Realität, daß sie auf die Werktätigen erst richtig zukommt mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Sozialabbau.

Breiten Raum nahmen branchenspezifische Beratungen ein zur Automobil- und deren Zuliefererindustrie, zu Post und Bahn, wo es bei unterschiedlichem Sachstand überall die gleiche Politik in Richtung Privatisierung mit all den negativen Folgen wie Arbeitsplatz- und Lohnabbau sowie verschlechterten Dienstleistungsangeboten gibt.

Die einst so bedeutende Stahlindustrie in Luxemburg und Belgien wird u.a. vom Arcelor-Mittal-Konzern zwecks Steigerung der weltweiten Profite immer mehr demonstriert.

Die Delegationen der 4 Parteien sprachen sich dafür aus, neben den zweimonatlichen Beratungen die grenzübergreifende Zusammenarbeit in verschiedenen Branchen zu intensivieren, so wie das in der Automobilindustrie schon begonnen wurde.

Die in deutscher Sprache vorliegenden Redebeiträge der Konferenz und ihre Ergebnisse wurden hier zusammengefaßt und veröffentlicht.

Die nächste Konferenz wird am 9. und 10. April 2011 auf Einladung der Kommunistischen Partei Luxemburgs stattfinden.

Inhaltsverzeichnis

Seite 3	Zusammenfassung Verlauf und Ergebnis	V. Metzroth
Seite 5	Eröffnungsreferat	H. Stehr
Seite 11	Zur Entwicklung der EU nach dem Lissabon-Vertrag	G. Polikeit
Seite 19	Billiglohnland Deutschland	V. Metzroth
Seite 24	Privatisierung der Bundesbahn in Deutschland	V. Jung
Seite 28	Zur Automobilindustrie	U. Fritsch
Seite 32	Luxemburg : Beschäftigungspolitik, Arbeitsmarkt und Aktionen und Forderungen der Kommunisten im Kampf gegen Arbeitslosigkeit	G.Simonelli
Seite 42	Das Niederländische System der Altersversorgung	W. Van der Kliff
Seite 53	Die Krise, die Sparmaßnahmen und die Keime der Wende	H. Lerouge

Zusammenfassung des Verlaufes und der Ergebnisse der

Vier-Parteien-Konferenz von KPL, NCPN, PVDA/PTB und DKP am 17.-18. April 2010 in der Karl-Liebknecht-Schule, Leverkusen

In den Heimatländern der vier Parteien ist die Situation bezüglich der Wirtschaftskrise sehr ähnlich. Laut bürgerlicher Propaganda soll die Krise überwunden sein, wobei dies zumeist damit begründet wird, daß die Banken und andere „Finanzdienstleister“ teils wieder erhebliche Profite einstreichen. Massive staatliche Interventionen haben nicht nur den Zusammenbruch der Finanzbranche, sondern auch eine erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit verhindert, z. B. durch Ausweitung der Kurzarbeit. Während bis dato vor allem prekär Beschäftigte wie z. B. Zeit- und Leiharbeiter direkt betroffen sind, ist mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit ebenso wie betrieblichem und staatlichem Sozialabbau in den kommenden Jahren zu rechnen.

Dabei wird die Politik der EU eine treibende Rolle spielen. Wenn in einem überschaubaren Zeitraum gemäß deren Stabilitätskriterien die staatlichen Interventionen beendet, Staatsschulden abgebaut und die Neuverschuldung auf unter 3% gesenkt werden sollen, geht das nur mittels massiver Umverteilung zu Lasten der Werktätigen. Das Beispiel Griechenland zeigt, wie die Herrschenden auch in anderen Staaten vorzugehen gedenken. Sich dagegen formierendem Widerstand wollen sie mit weiteren Einschränkungen der bürgerlichen Demokratie sowie der Souveränität ökonomisch weniger starker Mitgliedsländer begegnen. Mit dem Vertrag von Lissabon wurden dafür weitere Voraussetzungen geschaffen.

Widerstand gegen diese Politik gibt es in den Ländern der Konferenzteilnehmer derzeit nur punktuell. Aufgabe der kommunistischen und Arbeiterparteien ist es deshalb, nach gründlicher Analyse aufzuklären und Wissen zu vermitteln. Dabei ist es wichtig, konkrete Forderungen zu formulieren, die an das Bewußtsein fortschrittlicherer Teile der Arbeiterklasse anknüpfen und als richtig und durchsetzbar angesehen werden und Bewegung hervorrufen können. Die Schaffung breiter gesellschaftlicher Allianzen zur Durchsetzung gemeinsamer Forderungen ist dabei anzustreben. Auseinandersetzungen und Kämpfe um tagespolitische Interessen können als Ausgangspunkte für eine Diskussion um die Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft hin zum Sozialismus genutzt werden.

Um ihren Aufgaben gerecht zu werden, wollen die beteiligten Parteien ihre Bildungsarbeit verstärken und den Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen untereinander ausbauen. Bei dieser Konferenz standen dabei die Branchen Auto, Bahn, Post/Telekommunikation und Stahl auf der Tagesordnung.

In der Automobilindustrie und in allen mit dem Auto verknüpften Wirtschaftsbereichen arbeiten fast ein Viertel aller Beschäftigten. Die Situation ist geprägt durch weltweite Überkapazitäten, krisenbedingte Absatzeinbrüche und ökologische Probleme. In Westeuropa sind kaum noch Steigerungen des Absatzes zu erwarten. Wegen der damit verbundenen technologischen sowie ökologischen Probleme stellt auch das von den Energiekonzernen angepriesene Elektroauto keine tragfähige Alternative dar. Die Diskussion um andere Mobilitätskonzepte gewinnt an Bedeutung.

In den vier Ländern sind die jeweiligen Stände der Zerschlagung und Privatisierung staatlicher Eisenbahnen sowie von Post und Telekommunikation sehr unterschiedlich. Deutschland und die Niederlande sind Belgien und Luxemburg weit voraus, was zur Vernichtung Hunderttausender Arbeitsplätze, der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten sowie des Dienstleistungsangebotes für die Masse der Bevölkerung führte. Auch in Belgien und Luxemburg sind Beschäftigte und Bürger zunehmend mit den Folgen der Privatisierungspolitik konfrontiert.

Die einst so bedeutende Stahlindustrie in Luxemburg und Belgien wird u.a. vom Arcelor-Mittal-Konzern zwecks Steigerung der weltweiten Profite immer mehr demontiert.

Die Konferenz machte Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit der vier Parteien.

Aufgrund sehr unterschiedlicher historischer Entwicklungen Gewerkschaftsbewegungen und der aktuellen Verfaßtheit und Praxis der Gewerkschaften wird für den Herbst 2010 eine Arbeitstagung angeregt. Sie soll dem besseren Verständnis der Situation in den verschiedenen Ländern dienen und Anregungen für die Arbeit der Parteien geben.

Die PVDA/PTB stellte ihre Kampagne für die Einführung einer Millionärssteuer vor. Bestandteil der Kampagne ist nicht nur eine konkrete Darstellung der zu erwartenden Mehreinnahmen des Staates und wer diese in welcher Höhe zu bezahlen hätte, sondern auch Vorschläge für die Verwendung der Gelder. Die Delegationen der Anderen wollen in ihren Parteien diskutieren, ob sie ähnliche Kampagnen durchführen könnten.

Bezüglich der Automobilindustrie gibt es bereits eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bis hin zu ersten gemeinsamen Aktionen wie bei Opel in Antwerpen. Diese sollte auch in den Branchen Stahl, Eisenbahn und Post / Telekommunikation ins Leben gerufen werden. Speziell zu Post könnte geprüft werden, ob es möglich ist, mit einer gemeinsamen Broschüre oder

Vier-Parteienkonferenz 2010

sonstigen Materialien die bei allen vorhandenen Erfahrungen zu verallgemeinern und für die jeweiligen nationalen Kämpfe nutzbar zu machen.

Konkrete Vorschläge sollen im Rahmen der regelmäßigen zweimonatlichen Arbeitstreffen gemacht werden.

Für die vom Europäischen Gewerkschaftsbund geplante Demonstration in Oktober in Brüssel wird ein gemeinsames Auftreten sowie ein Flugblatt der vier Parteien vorgeschlagen.

Das „Wisefest“ der KPL am ersten Juliwochenende in Sanem sowie das erste Pressefest der „Solidaire“, Zeitung der PVDA/PTB, am 25. September in der Nähe von Ostende sind weitere Gelegenheiten, die Kontakte zwischen den Parteien auszubauen.

Die Teilnehmer waren mit dem Verlauf und den Ergebnissen der Konferenz und dem kameradschaftlichen Klima sehr zufrieden. Die Referate sind zum Großteil übersetzt und sollen über die Medien der Parteien deren Mitgliedschaft, den Leitungen und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Dank der Delegationen galt den Übersetzerinnen und Übersetzern, den Technikern sowie Leitung und Personal der Karl-Liebknecht-Schule, deren Engagement wesentliche Voraussetzungen für den erfolgreichen Verlauf schuf.

Volker Metzroth

Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP

(Der Redebeitrag mußte vorgelesen werden, da Heinz Stehr infolge von Zugausfällen die Konferenz nicht mehr rechtzeitig erreichen konnte)

Liebe Genossinnen und Genossen,

als wir vor einigen Jahren gemeinsam dieses Projekt entwickelten, gab es auch Zweifel darüber, ob es zu dieser Kontinuität in der Arbeit und zur Qualität in der Aussage kommen würde. Heute können wir eine erfolgreiche Arbeit konstatieren. Diese Feststellung ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit, wir dürfen dennoch mit Stolz feststellen: Es ist uns gelungen, in diesem EU-Europa vier kommunistische Parteien zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zusammen zu bringen. Aus meiner Sicht könnte diese Erfahrung auch ein Beispiel für solidarische Zusammenarbeit in Europa oder in EU-Europa zwischen kommunistischen und Arbeiterparteien sein. Was könnten wir gewinnen, wenn es uns gelänge, so zusammen zu arbeiten, dass wir vor wichtigen Standorten multinationaler Konzerne gemeinsame Aktionen machen, wie es in Antwerpen bereits gelungen ist? Welche zusätzlichen Möglichkeiten gäbe es, um einen Beitrag zu leisten, damit Belegschaftsvertreter von Konzernen die Kämpfe besser organisieren können? An diesen Aufgaben sollten wir arbeiten. Dieser Anspruch sollte auch die Inhalte des Treffens hier in Leverkusen bestimmen.

Ich möchte zu dem Thema „Kapitalistische Krise – Folgen und Herausforderungen – Rolle und Verantwortung der DKP“ sprechen. Insofern möchte ich auch das angekündigte Thema etwas abwandeln. Ich kann und will nicht für vier kommunistische Parteien reden, auch nicht für die hier versammelten. Ich möchte aber den Standpunkt der DKP in die Diskussion einbringen.

Im Programm der DKP, 2006 verabschiedet, in den Forderungen der DKP zu den EU-Parlamentswahlen 2008 und in verschiedenen anderen Materialien haben wir unsere Position formuliert. Lange vor dem Stattfinden dieser Krise haben wir auf entsprechende Entwicklungen und Gefahren und Folgen verwiesen. Diese Krise ist nicht plötzlich entstanden. Sie hat ihre Ursachen in den gesellschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus. Eine Gesellschaft, deren Grundlage die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist, in der Profit letztendlich der einzige Maßstab für ökonomisches und politisches Handeln ist, kann nicht krisenfrei existieren. Zweifellos handelt es sich jetzt bei dieser Krise um eine große Krise, die bisher nicht überwunden ist, von der man auch nicht weiß, ob es noch sich vertiefende Auswirkungen in der nächsten Zeit geben wird. Es ist eine Krise des Kapitalismus als System in der Auswirkung auf die Lebensbereiche der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten der Bevölkerung. Es ist keine Krise des Kapitalismus als Gesellschaftssystem in der Beziehung, dass dieses System durch handelnde Kräfte überwunden werden könnte. Möglichkeiten zur Veränderung des Systems in progressiver Richtung sind bei dem bisherigen Kräfteverhältnis

zwischen Arbeit und Kapital nicht erkennbar. Eine Krise des Kapitalismus im Sinne einer Systemkrise verlangt eine andere Quantität und Qualität der Entwicklung von politischem Massenbewusstsein und daraus resultierend ein entsprechendes politisches Handeln. Viele Losungen heute sind deutlich antikapitalistisch. Sozialistische Vorstellungen und Politik haben bisher keine Massenbasis. Sozialistische Zielvorstellungen und die Entwicklung des Kampfes dafür sind aber eine Voraussetzung für eine Krise des Kapitalismus als Gesellschaftssystem. Von solchen Entwicklungen sind wir aus meiner Sicht in EU-Europa noch weit entfernt. Dies sollten wir realistisch einschätzen. Die Aussage Rosa Luxemburgs ist höchst aktuell: Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. Aktuell sind die Gefahren zur weiteren Rechtsentwicklung in EU-Europa die Herausforderung für linke Politik, so auch für die kommunistischen Parteien.

Diese größte Krise seit dem 2. Weltkrieg hat umfassende Auswirkungen. Einige Fakten dazu: 2009 ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 5 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland abgestürzt. Das Steueraufkommen sank 2009 um 5,9 Prozent. In Folge der Krise verschärfen sich die Defizite in den Sozialkassen. Die Nettolohnsumme verminderte sich um 1 Prozent und sank auf 636 Milliarden Euro. Einschließlich der Teuerungsrate von 0,4 Prozent machte der Kaufkraftverlust 1,4 Prozent aus. In der Bundesrepublik Deutschland gab es 5 Jahre Reallohnverlust mit insgesamt einem Minus von 6,2 Prozent der Kaufkraft. Gleichzeitig steigen die Vorstandsbezüge, die Boni und variablen Bezüge in den multinationalen Großkonzernen und Banken, die Aktienoptionen wachsen, die Aufsichtsratsantiemen steigen. Bei den Reichen ist der Aufschwung angekommen. Spitzenreiter ist Deutsche-Bank-Chef Ackermann, der fast 10 Millionen Euro pro Jahr erhält. Die DAX-Konzerne in Deutschland kündigen weiteren Stellenabbau an. Die BASF 1.000 weltweit, BMW 10.000 weltweit, Deutsche Telekom 12.000 in Deutschland, Siemens 17.000 usw. Laut tarifvertraglicher Regelung soll die Arbeitsproduktivität z. B. bei Volkswagen um jährlich 10 Prozent steigen. Da kaum mehr Autos zu verkaufen sein werden, bedeutet dies auch dort in der Perspektive die Gefahr für Arbeitsplätze und Standorte. Die kommunalen Investitionen gehen zurück. Auch das wird zu Lasten vor allem in Mittelstandsbetrieben, in Dienstleistungsbetrieben führen. 38.000 Konkurse im Jahr 2009 bestätigen das anschaulich.

Real findet, bedingt durch fehlende Mittel, vor allem in den Kommunen ein gewaltiger Demokratieabbau statt. Der Darmstädter Oberbürgermeister wurde vor kurzem mit der Bemerkung zitiert, nur noch über 5 Prozent der Haushaltsmittel könne wirklich entschieden werden, alles andere sei bereits vorbestimmt.

Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, zu Jahresbeginn von der Bundesregierung beschlossen, ist ein Reichtumsbeschleunigungsgesetz. Die Unternehmensteuerre-

form wird zu Gunsten der Unternehmen nachgebessert. Die Hoteliers, Pensionen und Gasthöfe sparen 12 Prozent Steueraufkommen. Die Erben erhalten günstigere Erbschaften zu Lasten von Steuern, die insbesondere den Gemeinden fehlen. Der Bund wird 2010 100 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Am 1.1.2010 betrug die Staatsverschuldung in Deutschland 1.654.875.820.000 Euro. Das sind pro Kopf 20.165 Euro. Die Zinszahlungen an die Banken schröpfen die Haushalte. Das private Geldvermögen ist in Deutschland 2009 auf 4,64 Billionen Euro angewachsen. Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 29.1.2009 hieß es: „Würden die Reichen dieser Erde ihr Geld ordentlich versteuern, nähmen die Regierungen nach Berechnung des Netzwerkes für Steuergerechtigkeit Taxius Dies mindestens 255 Milliarden Dollar mehr ein. Zum Vergleich: Bei einer Verdreifachung der weltweiten Entwicklungshilfe auf 195 Milliarden US-Dollar könnte die Armut innerhalb von 6 Jahren halbiert und 1 Million Menschenleben durch eine bessere medizinische Versorgung gerettet werden.“

So weit zum oft beschworenen Humanismus in dieser kapitalistischen Welt. Jeder vierte junge Erwachsene lebt in Armut in Deutschland. In Deutschland werden 16,3 Prozent der Kinder unter Bedingungen von Armut groß. Nach einer OECD-Studie ist in der Bundesrepublik Deutschland die Armut besonders hoch. Zurzeit gibt es in Deutschland offiziell 3,25 Millionen Arbeitslose und ca. 1 Million Kurzarbeiter. Nach der unmenschlichen Hartz IV-Regelung müssen zurzeit 6,7 Millionen Menschen in Deutschland leben. Sie existieren weit unter der Armutsgrenze. Die Existenzbedingungen sind menschenunwürdig. Diese Armutszahlen ließen sich so fortsetzen, auch insbesondere, was die Rentnerinnen und Rentner und die ganz jungen Menschen anbelangt.

Ähnliche Entwicklungen sind in Gesamt-EU-Europa und Europa feststellbar. Die Agenda 2010 hat sich als Lüge entlarvt, Armut grassiert für größer werdende Teile der Bevölkerung. Zugleich wachsen die Profite der Reichen. Der neoliberale Kapitalismus entsorgt beschleunigend die bürgerliche Demokratie. Kultur wird mehr und mehr zu einem Privileg für Reiche. Solidarität und Gerechtigkeit verkommen zu Floskeln in Sonntagsreden. Diese Entwicklung hat weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in vielen Ländern bisher dazu geführt, dass es durchsetzungsfähige Massenbewegungen des Widerstandes gibt. Wir sind solidarisch mit den Abwehrkämpfern in Griechenland. Die DKP wird Veranstaltungen zum 1. Mai mit Referenten der KKE gestalten. Die Realität ist, dass soziale Leistungen weiter zusammengestrichen werden, Demokratie abgebaut wird, Kriegspolitik entwickelt wird zu Gunsten des Profits, vor allem der multinationalen Konzerne und Rüstungsmafia.

In verschiedenen Diskussionen in der DKP haben wir uns mit dieser Situation und den Herausforderungen beschäftigt. Warum gelingt es nicht, zu einer starken Massenbewegung des

Widerstandes, möglicherweise sogar für politische Alternativen und Perspektiven, zu kommen, ist eine Frage, die Kommunistinnen und Kommunisten beschäftigen muss.

Einige erste Gedanken zur Diskussion dazu:

1. Nach wie vor wirkt das Prinzip Hoffnung. Verhältnissen in Kürze geben wird. Menschen glauben an einen bald neu beginnenden Aufschwung. Sie hoffen, dass es einen Wechsel zu besseren.
2. In der Gesellschaft sind die Angstphänomene weit verbreitet: Angst vor sozialem Abstieg, Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst, den Anschluss zu verpassen. Angst vor einer ungewissen Zukunft. All das prägt das Handeln der großen Mehrheit. Die Alternative, solidarisches gemeinsames Handeln und Kämpfen, ist nur hier und da in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden.
3. Das politische Wissen um die wahren Zusammenhänge, die zu dieser Krise führten, aber auch zu politischen Bewertungen von Alternativen und Perspektiven, ist nicht oder kaum in der Bevölkerung vorhanden. Die Massenmedien vernebeln die Hirne, Events, große Sportereignisse, vieles andere wird den Menschen als wichtiger zur Wahrnehmung empfohlen und suggeriert oftmals eine schöne heile Welt.
4. Die politische Linke in ihrer Vielfalt hat bisher kaum massenwirksame alternativen Positionen entwickeln können, die durch Kämpfe und Auseinandersetzungen zu einem Politikwechsel führen könnten. Und wir müssen uns eingestehen: die kommunistische Bewegung ist nach wie vor schwach und hat nur partiell auf Einzelbelegschaften oder in einzelnen Auseinandersetzungen Masseneinfluss entwickeln können. Die Gewerkschaften führen teilweise Abwehrkämpfe. Vorhandene sozialpartnerschaftliche und auf Co-Management ausgerichtete Politik verhindert eine Politisierung und Mobilisierung.
5. In dieser Situation wirken neofaschistische und reaktionäre Positionen und Konzepte in Teilen der Bevölkerung. Wahlergebnisse in den Niederlanden, Frankreich, Italien signalisieren diese Gefahr. In der Bundesrepublik Deutschland ist es nach einer Meinungsumfrage so, dass 70 Prozent der Bevölkerung sich vorstellen könnten, auch im Sozialismus zu leben, wobei die gleiche Mehrheit dann vor allen Dingen jenen vermeintlichen Sozialschmarotzern die Schuld gibt, dass es zu dieser Krise gekommen ist und weit davon entfernt sind zu erkennen, dass es die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse sind, die letztendlich diese Verhältnisse geschaffen haben. Diese

Meinung zum Sozialismus könnte inhaltlich eher auf rechtsreaktionäre Positionen deuten. Andererseits signalisiert dies im Ergebnis auch Chancen für gesellschaftsverändernde kommunistische Politik.

Lässt sich aus meiner Einleitung bisher ableiten, dass es keine Perspektive für kommunistische Politik gibt? Eine solche Schlussfolgerung ist natürlich völliger Unsinn. Wir müssen allerdings die Realitäten erkennen, um ausgehend von diesen Realitäten dann unsere bescheidenen Kräfte so einzusetzen, dass sie mehr Wirkung als bisher erzielen können. Auch hierfür einige Anregungen zur weiteren Diskussion.

Gerade jetzt kommt es darauf an, dass Kommunistinnen und Kommunisten in die Debatten und Auseinandersetzung die Eigentumsfrage einbringen. Die Forderung nach Überführung wichtiger Schlüsselindustrien und von marktbeherrschenden Banken in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle findet eine gewisse Resonanz, zumindest bei linken Kräften und in konkreten Auseinandersetzungen. Antikapitalistische Positionen und Kritik sind in der außerparlamentarischen Bewegung stärker verbreitet, z. B. in der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, als vor der Krise. Sie müssen weiter entwickelt und ergänzt werden durch gesellschaftliche Alternativvorstellungen. Wie kann eine Gesellschaft aussehen, in der es gerechter zugeht? In der Kapitalinteressen nicht mehr die gesellschaftliche Verfasstheit bestimmen? In der Bedürfnisse und Leistungen der Menschen Maßstab für gesellschaftspolitische Entscheidungen sind? Das sind Fragen, an denen solidarisch diskutiert werden muss.

Wir können heute die Sozialismuspropaganda aus drei Quellen stärker entwickeln. Das ist: 1. aus der Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus; 2. aus den Erfahrungen des realen Sozialismus, nicht nur in Europa, z. B. auch aus Kuba und China, und 3. aus den realen gesellschaftspolitischen Verhältnissen des neoliberalen Kapitalismus, indem wir die sozialistische Entwicklung zwingend aus Widersprüchen des Kapitalismus entwickeln. Der Sozialismus/Kommunismus ist die Gesellschaftsordnung, in der Menschen in Übereinstimmung mit der Natur Probleme konstruktiv lösen können. Der Bruch mit den Macht- und Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus ist eine objektiv notwendige Voraussetzung zur Durchsetzung einer solchen Gesellschaft, in der die Verhältnisse vom „Kopf auf die Füße gestellt werden“ (Engels) und der Mensch erstmalig in der Geschichte der Menschheit im Sinne des Humanismus, von Frieden, Demokratie und Fortschritt existieren kann.

Dies Einfache, das so schwer zu machen ist, wie Bert Brecht es betonte, ist jetzt vor allem die Aufgabe von Marxistinnen und Marxisten, von Kommunistinnen und Kommunisten und ihren Parteien. Um stärkere Wirkung für unsere politischen Ziele erzielen zu können, ist Be-

wegung unabdingbar, benötigen wir die Voraussetzungen, dass in diesen Bewegungen gesellschaftspolitische Fragen diskutabel werden. Die politische Herausforderung ist aktuell, vor allem die weitere Rechtsentwicklung des neoliberalen Kapitalismus zu stoppen und zu brechen. Das ist nur möglich in einer Schaffung von gesellschaftlichen Allianzen und von Massenbewegungen, die Mehrheitsmeinungen, die ja bereits vorhanden sind gegen Sozialabbau, für mehr Gerechtigkeit, durchsetzungsfähig zu machen. Zur Durchsetzung benötigen wir auch andere Kampfformen als bisher. In den Gewerkschaften der Bundesrepublik Deutschland, in der Arbeiterklasse muss die Diskussion auch über solche Kampfformen wie Generalstreik geführt werden mit dem Ziel, politische Forderungen durchsetzungsfähig zu machen. Noch gelingt es dem politischen Gegner, uns und andere linke gesellschaftliche Kräfte auch mit Antikommunismus wirksam zu bekämpfen. Es werden große Teile der Bevölkerung manipuliert und desorientiert. Aber es ist auch eine Zeit der erkennbaren politischen Übergänge. Bisher stabile gesellschaftliche Verhältnisse im Kapitalismus der Nachkriegsperiode brechen jetzt auf. Die Verhältnisse werden instabiler. Das parlamentarische System ist für Teile der Bevölkerung offensichtlich nicht in der Lage, von Mehrheiten geforderte Veränderungen in reale politische Entscheidungen umzusetzen. Das Überbausystem, z. B. die bürgerlichen und reformistischen Parteien, können keine nachvollziehbaren Lösungen für die Auswirkungen der Krise bieten. Die Realität ist, dass alle Parteien und Parlamente ähnliche Konzepte vorschlagen, die dann in der Praxis politische Entscheidungen zu Lasten der übergroßen Mehrheit, zum Vorteil der Bourgeoisie bringen.

Historische Erfahrungen lehren uns, dass in bestimmten Situationen der berühmte „Tropfen“ das „Fass zum Überlaufen“ bringen kann und dass es dann relativ schnell auch zu umfassenden Kämpfen kommen kann mit schnellen Schüben von Bewusstseinentwicklungen, die die Bereitschaft zum Handeln in neuer Qualität weiter entwickeln. Auch auf diese Situation müssen wir vorbereitet sein. Der politische Gegner in der Bundesrepublik Deutschland versucht sich auf solche Entwicklungen vorzubereiten: demokratische Grundrechte werden weiter eingeschränkt, mit Polizei, Geheimdienst und Bundeswehr werden Übungen durchgeführt, um sich auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen bis hin zu Bürgerkriegen vorzubereiten. Entsprechende Veröffentlichungen sind in der Presse dargestellt worden. Das ist auch der Hintergrund, warum in der Bundesrepublik Deutschland jetzt vehementer als je zuvor der Bundeswehreinsatz im Inneren gefordert wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Zeiten der Übergänge erfordern gründliches Denken und Nachdenken, kollektive Debatten und Einschätzungen, aber auch mutiges Handeln, die Verarbeitung von Erfahrungen, die Umsetzung von Schlussfolgerungen in Bewegungen. In so einer anspruchsvollen Phase be-

finden wir uns zurzeit. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. Nur so können wir ein politisch stärker werdender Faktor werden.

Ich danke euch.

Zur Entwicklung der EU nach dem Lissabon-Vertrag

Referat von Georg Polikeit - 17./18. April 2010

Seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags am 1.12.2009 sind viereinhalb Monate vergangen. Und man kann sagen, es waren für die EU teilweise turbulente Monate.

Die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise verschärften die sozialen Gegensätze in den EU-Staaten, aber auch die Gegensätze innerhalb der EU zwischen den einzelnen Staaten und Staatengruppen.

Den vorläufigen Höhepunkt erreichte dies in den widersprüchlichen Vorgängen um die sogenannte „Griechenland-Krise“.

Damit verbunden waren

- die Schürung der Angst vor einem Kursverfall des Euro und Maßnahmen zur Sicherung seiner „Stabilität“;
- eine nationalistische Stimmungsmache gegen die Griechen und generell gegen die „Südländer“, die als „Rekordschuldensünder“ an den Pranger gestellt werden;
- der noch anhaltender Streit um die Schaffung eines „Europäischen Währungsfonds“;
- die Verstärkung von Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich sowie anderen EU-Staaten wegen der aggressiven deutschen Exportoffensive, deren negative Auswirkungen auf die anderen EU-Staaten jetzt stärker zu spüren sind und innerhalb der EU offener als bisher kritisiert werden.

Zugleich entwickelten sich in einigen EU-Staaten starke Widerstandsaktionen. Das gilt besonders für Länder wie Griechenland, aber auch Portugal und andere.

Doch auch hier sind die Entwicklungen widersprüchlich. Während der Widerstand in den genannten Staaten in großen und sich wiederholenden landesweiten Kampfkationen sichtbar wurde, rührt sich in anderen EU-Ländern, von betrieblichen oder örtlichen Einzelkonflikten abgesehen, bisher nur wenig oder gar nichts.

Während die Rechtsregierung in Frankreich bei den Regionalwahlen eine schwere Niederlage erlitt, führten die Regionalwahlen in Italien zu einer Stärkung der Rechten.

Man kann sich fragen, warum in dieser Situation nicht mehr Widerstand entwickelt entsteht. Sicher spielen auch historische Unterschiede in den Kampftraditionen eine Rolle. Aber entscheidend ist wohl vor allem die gegenwärtige politische und ideologische Verfasstheit der Linkskräfte und insbesondere der Gewerkschaften.

Insbesondere wird meines Erachtens aber der Mangel an einer europaweiten Koordinierung und Vernetzung der Gegenkräfte sichtbar, sowohl auf politischer wie auf sozialer und gewerkschaftlicher Ebene. Es fehlt an einer Haltung der bewussten Solidarität im Wissen um die Gleichheit und Gemeinsamkeit der Interessen und Probleme, die verhindern würde, dass die Grausamkeiten der Herrschenden in jedem Land einzeln und nacheinander durchgesetzt werden und die Menschen der verschiedenen Länder gegeneinander ausgespielt werden.

Wir sind mit der Frage konfrontiert, wo die Anknüpfungspunkte liegen, um diese Situation zu verändern.

Doch zunächst noch einmal zurück zum Lissabon-Vertrag.

Der Lissabon-Vertrag sollte nach dem Willen seiner Verfasser, wie es in der Präambel heißt, „den mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften eingeleiteten Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe heben“.

Ich glaube, dass man diese Absicht durchaus ernst nehmen muss. Bei der Verwirklichung sind die EU-Oberen nun zwar auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen. Aber das Ziel, eine neue Stufe dessen zu erreichen, was sie als „europäische Integration“ bezeichnen, ist damit nicht aufgegeben.

Es muss immer wieder daran erinnert werden, dass der Lissabon-Vertrag ursprünglich ein „Verfassungsvertrag“ sein sollte. Mit dem Begriff „Verfassung“ sollte die Entwicklung einer supranationalen Staatsstruktur auf europäischer Ebene symbolisiert und in den Köpfen der Menschen verankert werden.

Auf die Verfassungssymbolik musste nach dem Nein in Frankreich und den Niederlanden verzichtet werden. Aber am damit verfolgten Ziel hat sich nichts geändert. Deshalb stimmt der Lissabon-Vertrag in allen wesentlichen Punkten eins zu eins mit dem Inhalt des ursprünglichen Verfassungsvertrags überein.

Trotz des in der Wirtschaftskrise sichtbar gewordenen Scheiterns des neoliberalen Wirtschaftsmodells wird im Lissabon-Vertrag nicht nur die „freie Marktwirtschaft mit unverfälschtem Wettbewerb“, also das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern in vielen Details ausdrücklich auch dessen neoliberale Ausrichtung als verbindliche Grundlage für alle EU-Staaten fest- und vorgeschrieben.

Zugleich zielt der Lissabon-Vertrag darauf ab, die Rolle der EU als „global player“ weiter auszubauen. Die möglichst einheitliche neoliberale Formierung der Verhältnisse im Inneren der EU-Staaten und der angrenzenden Peripherie gemäß den Profitinteressen der großen transnational agierenden Industrie- und Finanzkonzerne ohne hinderliche nationalstaatliche

Schranken wird ergänzt durch die Stärkung der Fähigkeit der EU zur weltweiten Intervention mit zivilen ökonomischen und politischen, aber auch mit militärischen Mitteln. Zugleich wird die EU im Text des Lissabon-Vertrags noch enger als bisher an die NATO und damit an die USA gebunden.

Es geht um klassische imperialistische Ziele: um die Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten, Kapitalanlagemöglichkeiten, um ökonomische und politische Einflusssphären, geostrategische Stützpunkte und um die Beherrschung der internationalen Transport- und Kommunikationswege.

In meinen Augen bestätigt der Lissabon-Vertrag, was wir 2006 im Parteiprogramm der DKP festgestellt haben. Wir sagten dort:

„In der Konstruktion der Europäischen Union, des Binnenmarktes und der Währungsunion bündeln sich die Interessen der Konzerne an einem großen, von Grenzen und Regularien befreiten Markt... Europa wird den Profit- und Machtinteressen des transnationalen Kapitals unterworfen, ohne dass die widerstreitenden Interessen der transnationalen und der nationalen Bourgeoisien aufgehoben werden. Deshalb ist der Integrationsprozess ein Feld des Konkurrenzkampfes und der politischen Konflikte... Die europäische Integration bleibt ein Feld der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Kräften der Bourgeoisie, vor allem aber auch des Klassenkampfes.“

Wir vermerkten dabei auch, dass sich Deutschland aufgrund seiner ökonomischen und finanziellen Potenzen in der EU die Rolle einer maßgeblichen Führungsmacht angeeignet hat, die es häufig im Zusammenwirken mit den herrschenden Kreisen Frankreichs ausübt.

Dies wurde in jüngster Zeit erneut deutlich durch die hartnäckige Unbeugsamkeit, mit der die deutsche Regierung, unbeeindruckt von Einwänden und Gegenpositionen, unlängst die Richtung der EU-Beschlüsse gegenüber Griechenland bestimmt hat.

Aber die Bundesregierung will ihre De-facto-Vorherrschaft auch institutionell verankern. Sie hat bereits ihren Anspruch angemeldet auf die Funktion des nächsten Präsidenten der Europäischen Zentralbank, aber auch auf den einflussreichen Posten des Generalsekretärs des neuen, im Aufbau befindlichen „Europäischen Auswärtigen Dienstes“.

Wir sagten in unserem Parteiprogramm auch:: „Die wirtschaftliche und politische Dynamik drängt die EU, sich den Kern eines supranationalen Staatsapparats zu verschaffen.“

Ich sehe dies bestätigt in den neuen institutionellen Bestimmungen des Lissabon-Vertrags, die eine weitere Stärkung der Macht- und Entscheidungsbefugnisse der zentralen EU-Instanzen zum Inhalt haben.

Die offizielle Begründung für den Lissabon-Vertrag lautete, dass die EU damit „effizienter“ und „rascher handlungsfähig“ gemacht werden muss, um für die neuen „globalen Herausforderungen“ der kommenden Zeit gerüstet zu sein. Dem entspricht unter anderem auch, dass EU-Spitzenämter durch die Einführung eines ständigen Ratspräsidenten und einer Außenbe-

auftragten stärker personalisiert wurden. Zugleich wurden die Kompetenzbereiche, in denen die EU Entscheidungsmacht hat, erweitert. Die Abstimmungsregeln wurden so verändert, dass in mehr Politikbereichen Mehrheitsentscheidungen auch gegen den Willen einzelner Mitgliedsstaaten getroffen werden können. Das Stimmengewicht der großen Staaten gegenüber den kleineren wurde durch das Festschreiben einer demographischen Komponente institutionell verstärkt. Der Vertrag schreibt den absoluten Vorrang des EU-Rechts vor dem nationalen Recht der Mitgliedsstaaten fest. Das neu geschaffene Amt der EU-Außenbeauftragten soll zu einer stärkeren Koordinierung der ökonomischen, politischen und militärischen Mittel der EU beim konzentrierten Einsatz gegenüber Drittstaaten führen. Der neue „Europäische Auswärtige Dienst“, über dessen konkrete Ausgestaltung noch gestritten wird, soll ebenfalls das einheitliche Handeln der EU im globalen Maßstab verstärken. Das bedeutet in der Praxis aber gleichzeitig, dass damit das Recht der Mitgliedsstaaten auf eine eigenständige souveräne Außenpolitik eingeschränkt und unterlaufen wird.

Deshalb bin ich der Meinung, dass eine Einschätzung der EU als bloßes „imperialistisches Staatenbündnis“ heute die Realität nicht mehr genau genug trifft. Meiner Ansicht nach ist die Einschätzung der EU als eine im Aufbau befindliche supranationale Staatsstruktur, wie ich sie vorhin aus unserem Parteiprogramm zitiert habe, derzeit immer noch die genaueste Charakterisierung ihres gegenwärtigen Zustands. Das betrachtet die EU nicht statisch nur in ihrer gegenwärtigen Existenzform, sondern in einem Entwicklungsprozess, der aus Gründen, die in den Klasseninteressen der die EU dominierenden großbourgeois Kreise liegen, zu einem Ziel, nämlich zu einer supranationalen Staatskonstruktion hin tendiert.

Damit komme ich zurück zu den aktuellen Entwicklungen seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags.

In den vergangenen Monaten waren die EU-Oberen zunächst mit der Konstituierung der neuen EU-Zentralinstanzen beschäftigt. Das war mit einer weiteren Rechtsentwicklung innerhalb der EU verbunden.

Das zeigte sich schon in den Ergebnissen der EU-Wahlen im vergangenen Sommer. Die Dominanz der Rechtskräfte innerhalb des EU-Parlaments hat sich damit verstärkt.

Dies fand seine Fortsetzung in der Bildung der neuen EU-Kommission. Der im September 2009 wiedergewählte Kommissionspräsident Barroso von der rechtskonservativen „Europäischen Volkspartei“ hat Anfang des Jahres eine Exekutiv-Kommission um sich geschart, in der die rechten und streng neoliberal ausgerichteten Kommissare mehr als zwei Drittel der Sitze innehaben. Die rechtskonservative EVP und liberale ALDE kommen zusammen auf 21 von 27 Kommissionsmitgliedern, während die Sozialdemokraten nur sechs abbekamen. Von den vier obersten Spitzenposten der EU sind drei jetzt fest in der Hand der Rechten: der neue Posten des ständigen EU-Ratspräsidenten, der Präsident des EU-Parlaments und der

Chef der Brüsseler Kommission. Die Sozialdemokraten stellen nur die neue EU-Außenbeauftragte.

Neben der Stärkung der rechtsbürgerlichen Parteien war das EU-Wahlergebnis von einem besorgniserregenden Anwachsen fremdenfeindlicher, Islamophobie schürender, nationalistischer und regionalistischer, rechtsextremer und neofaschistischer Parteien gekennzeichnet. Das fand in vielen EU-Staaten auch in nachfolgenden Wahlen seine Fortsetzung, bis zu den jüngsten Wahlen in Frankreich und Italien.

Die Gefahr, dass die Frustration vieler Menschen über die Auswirkungen der kapitalistischen Krise und die antisoziale Krisenbewältigungspolitik der Regierenden durch rechtsextreme Demagogie genau in die falsche Richtung kanalisiert wird, ist also sehr groß. Es ist eine große Herausforderung an uns wie an alle anderen Linkern, daran zu arbeiten, wie diesem Rechtstrend eine glaubhafte linke Alternative und vor allem eine linke Kräftekonstellation entgegengesetzt werden kann, die den Weg in eine andere Richtung als realistisch erscheinen lässt.

Das zweite Ereignis, das die EU-Entwicklung der jüngsten Zeit gekennzeichnet hat, war die Frühjahrstagung des „Europäischen Rates“ am 25./26. März in Brüssel.

Ihr Hauptsignal war die Forderung nach der schnellstmöglichen Beendigung aller staatlichen Konjunkturprogramme und nach der vollen Wiedereinhaltung des EU-Stabilitätspaktes.

Der drakonische Druck auf Griechenland ist nur das Vorspiel. Der gleiche neoliberale Sparzwang soll in der nächsten Zeit auch in allen anderen EU-Staaten durchgesetzt werden.

Wir müssen klar machen, was da eigentlich geschieht. Die herrschende Propaganda hämmert den Menschen ein, dass sie in der Vergangenheit zu hohe Ansprüche gestellt und über die Verhältnisse gelebt haben. Aber in Wahrheit entstanden die staatlichen Schuldenberge, weil die von den Banken und Großkonzernen verursachte Finanz- und Wirtschaftskrise durch die staatlichen „Rettungsmaßnahmen“ von der Privatwirtschaft in die Staatshaushalte verlagert wurde. Der jetzt eingeforderte Schuldenabbau ist nichts anderes als die Abwälzung der Krisenlasten auf die Massen der arbeitenden Bevölkerung. Die Sicherung der Geldwertstabilität des Euro und der Zinszahlungen aus den öffentlichen Haushalten an die Banken, bei denen die Staaten verschuldet sind, haben Vorrang vor der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und vor allen dringend notwendigen sozialen Investitionen.

Gleichzeitig hat der jüngste EU-Gipfel die Eckpunkte für die neue EU-Strategie „Europa 2020“ beraten. Es gibt da noch einige Meinungsverschiedenheiten. Deshalb soll das Vorhaben erst im Juni formell beschlossen werden.

Es handelt sich dabei um die Fortsetzung der im Jahr 2000 beschlossenen „Lissabon-Strategie“. Sie hatte bekanntlich das Ziel formuliert, die EU innerhalb von zehn Jahren zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt“ machen. Das wurde nicht erreicht.

Das neue strategische Konzept für die nächsten zehn Jahre ist in den Formulierungen nun etwas weniger großsprecherisch angelegt. Aber im Kern geht es weiter darum, mit Vorrang vor allen anderen Gesichtspunkten, die „Wettbewerbsfähigkeit“ der EU-Konzerne im globalen Konkurrenzkampf zu stärken.

Es ist hier nicht der Platz, auf Einzelheiten der formulierten Ziele einzugehen. Festzuhalten ist aber, worauf sich der EU-Rat schon geeinigt hat. Im Beschlussprotokoll des Frühjahrsgipfels heißt dies in Punkt 6 so: „Effiziente Überwachungsmechanismen sind ausschlaggebend für die erfolgreiche Umsetzung der Strategie“.

Mit anderen Worten: Die Mitgliedsstaaten sollen in den nächsten zehn Jahren von der EU-Kommission im Bereich der Wirtschaftspolitik sehr viel strenger kontrolliert und an die Kandare genommen werden. Im französischen Text ist - erstmals in einem offiziellen EU-Dokument - sogar von einem „gouvernement économique“, also von einer „Wirtschaftsregierung“ die Rede. Das entspricht einer alten französischen Forderung. Im englischen Text wird an gleicher Stelle allerdings nur von „governance“ gesprochen, was in der deutschen Fassung mit „wirtschaftspolitische Steuerung“ übersetzt wurde. Aber so oder so zielen die führenden EU-Kreise offensichtlich darauf ab, die Überwachung und „Steuerung“ der Mitgliedsstaaten durch die EU-Zentralinstanzen auf wirtschaftspolitischem zu verstärken.

Die in letzter Zeit verstärkt sichtbar gewordenen Interessengegensätze innerhalb der EU haben die Frage aufkommen lassen, ob wir nicht am Anfang eines „Desintegrationsprozesses“ stehen, der in einer Auflösung der Währungsunion oder vielleicht sogar in einem Zerfall der EU als Ganzem enden könnte.

Ich glaube nicht, dass dies der Fall sein wird.

Es stimmt natürlich, dass es Gegentendenzen zu der im Lissabon-Vertrag anvisierten Verstärkung des „europäischen Integrationsprozesses“ gibt. Eine der Ursachen dafür liegt in der nach wie vor vorhandenen und sich sogar verstärkenden Ungleichheit der Entwicklung des Kapitalismus in den einzelnen EU-Staaten. Es gibt unterschiedliche Konkurrenzinteressen der in den einzelnen Staaten jeweils dominierenden Wirtschaftsgruppen. Und es gibt historische Besonderheiten, Mentalitäten und Gewohnheiten, vor allem aber einen unterschiedlichen Grad des Widerstands der Arbeiterklasse und der übrigen vom Monopolkapital ausgebeuteten Gesellschaftsschichten, auch von Gruppen der jeweiligen nationalen Bourgeoisien. Doch dem stehen die eingangs erwähnten Interessen des in der EU dominierenden transnationalen Kapitals an einem großen, über die einzelnen Nationalstaaten hinausreichenden Wirtschaftsraum entgegen. Sie brauchen diesen Wirtschaftsraum als Basis im internationalen Konkurrenzkampf.

Es ergibt sich also die Frage, welche Tendenz in der Zukunft die stärkere sein wird: das Interesse der transnationalen Konzerne und der ökonomisch stärksten Kernstaaten der EU - oder nationalstaatliche Eigeninteressen, die dazu im Widerspruch stehen.

Die Einzelstaaten, vor allem die kleineren und ökonomisch schwächeren, sind in vieler Hinsicht von den imperialistischen Hauptmächten abhängig und in ein dichtes Netzwerk solcher Abhängigkeiten eingebunden. Sie sind ökonomisch erpressbar. Ein Ausscheiden einzelner Staaten aus dieser Verflechtung wäre zwar wohl nicht gänzlich unmöglich, aber sicher mit enormen wirtschaftspolitischen Benachteiligungen verbunden.

Ich meine deshalb, dass Widersprüche und Konflikte innerhalb der EU in nächster Zeit zwar zunehmen können, dass aber letztlich doch die Interessen der mächtigsten Kapitalkreise und der imperialistischen Hauptmächte die EU-Entwicklung weiter bestimmen werden.

Nur größere Klassenkämpfe und „sozialer Unruhen“, wie sie einige EU-Politiker schon befürchtet haben, könnten meiner Ansicht nach daran etwas ändern und die inneren Widersprüche in der EU bis zu einem Punkt steigern, an dem sie für das transnationale Kapital und seine Politiker nicht mehr beherrschbar sind.

Doch ob sich solche Klassenkämpfe tatsächlich entwickeln, ist derzeit zumindest eine offene Frage. Das hängt nicht allein von der Verschärfung der objektiven Widersprüche, sondern vor allem von der Entwicklung des „subjektiven Faktors“, von Bewusstseinsprozessen in der Masse der Betroffenen, von der Fähigkeit linker, sozialistischer und kommunistischer Kräfte zur Beeinflussung dieser Prozesse ab.

Es ergibt sich auch die Frage, zu welchen Ergebnissen ein einzelnes Ausscheiden aus der EU unter den gegebenen Bedingungen überhaupt führen könnte. Ist es angesichts der engen ökonomischen und politischen Verflechtung überhaupt denkbar, dass sich einzelne Staaten aus dem EU-Wirtschaftsraums herauslösen können? Und zu welchen Gegenmaßnahmen würde dies führen?

Die Bedrohung solcher „Abweichler“ mit ökonomischen und politischen Sanktionen oder sogar mit militärischen „Sicherungsmaßnahmen“ wäre aber noch größer, wenn eine solche „Loslösung“ mit einer grundlegenden Änderung der innenpolitischen Machtverhältnisse und in der weiteren Folge mit einer Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in die Richtung einer antikapitalistischen und sozialistischen Entwicklung verbunden wäre. Wie würden die EU und mit ihr die NATO auf eine solche „Linkswende“ reagieren? Es ist nicht anzunehmen, dass sie sich einfach damit abfinden würden.

Daraus ergibt sich meines Erachtens die Schlussfolgerung, dass vor allem für die Kernstaaten der EU ein isoliertes Ausscheiden kaum als realistisch angesehen werden kann. Wahrscheinlicher und vor allem wünschenswerter ist es, dass im Verlauf längerer kämpferischer Auseinandersetzungen durch große Massenbewegungen in mehreren EU-Staaten gleichzeitig die notwendige grundlegende Änderung der Kräfte- und Machtverhältnisse durchgesetzt wird, die für die Durchsetzung einer Alternative zur EU Voraussetzung ist.

Danach würde sich allerdings auch für diese Staaten rasch wieder die Notwendigkeit einer engen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und auch entsprechender Strukturen auf

übernationaler Ebene ergeben. Das zeigt auch das Beispiel der lateinamerikanischen Linksentwicklungen. Natürlich könnte dafür nicht der heutige EU-Vertrag die rechtliche Grundlage bilden. Ein neuer Inhalt und eine neue Struktur der Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Grundlage erfordert auch eine neue, von völlig anderen Prinzipien bestimmte Vertragsgrundlage. Aber es ginge nicht ohne eine entsprechende Kooperation auf „supranationaler“ Ebene. Der Kernpunkt dieser sicher heute noch sehr hypothetischen Überlegungen ist aber die Erkenntnis, dass eine grundlegende Veränderung der heutigen politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den Kernstaaten der EU die Voraussetzung für jede alternative Perspektive ist.

Die Entwicklung realer Bewegungen und Kämpfe, die zu einer solchen Veränderung der Kräfteverhältnisse führen können, und deren Vernetzung über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg ist also die zentrale Frage jeder politischen Alternative und deshalb die wichtigste gemeinsame Aufgabe für alle, die eine alternative Entwicklung in Europa voranbringen wollen. Also auch für uns Kommunisten.

Billiglohnland Deutschland –

eine internationale Gefahr für alle Arbeitenden!

Deshalb: den gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen!

Von Volker Metzroth, Mitglied des PV der DKP

Schon vor Jahren wurde in dänischen Medien vor der Gefahr durch das „Billiglohnland Deutschland“ gewarnt. Damals ging es u.a. um die fleischverarbeitende Industrie, die in Deutschland polnische Metzger für 4 Mark Stundenlohn beschäftigte.

Jüngste Statistiken belegen, daß Deutschland mit 30,90 € „Arbeitskosten je Stunde“ niedriger als alle seine Nachbarn liegt, sieht man von den vormals sozialistischen Ländern ab. Dabei tritt das Paradoxon auf, daß trotz im Vorjahr gesunkener Nominal- und erst recht Reallöhne die „Arbeitskosten“ um 4,1 % gestiegen sind und Deutschland damit in Richtung vorderer Plätze rutschte. Ursache ist die massive Kurzarbeit infolge der Krise, die nicht anderes ist als Arbeitszeitverkürzung auf Kosten der Beschäftigten durch Lohnverluste, Verwendung ihrer Beitragsgelder zur Arbeitslosenversicherung und ihrer Steuergelder als Hauptzahler direkter und indirekter Steuern. In die Berechnungen fließen sogenannte Remanenzkosten ein, die auch bei kürzerer Arbeitszeit angeblich fast gleich bleiben. Auch beruht dies auf massiven

Senkungen der „Arbeitskosten“ in EU-Ländern außerhalb der Eurozone und auf der krisenbedingten Abwertung ihrer Währungen.

Bei seit 20 Jahren stagnierenden oder rückläufigen Lohnstückkosten in Deutschland, wohingegen sie in den anderen EU-Ländern stiegen, liegt hier ein Grund dafür, daß die deutsche „Exportwalze“ andere Länder wie Griechenland mit den bekannten Folgen überrollen konnte. Während die Lohnstückkosten der deutschen Industrie seit der Einführung des Euro um 14 Prozent gesunken sind, blieben sie in Griechenland gleich. In Portugal stiegen sie um 5 Prozent, in Spanien um 28 und in Italien gar um 46 Prozent.

Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes ließe sich ein Bruttostundenlohn von 23,40 € errechnen, was aber zu hoch ist, da in dessen „Lohnnebenkosten“ offensichtlich auch die Löhne während des Urlaubs, an Feier- und Krankentagen eingerechnet werden. Mehr sagen da schon die „Ecklöhne“ (tariflich festgesetzter Stundenlohn für eine mittlere Facharbeitergruppe) zwischen 14 und 17 € für Facharbeiter in industriellen Bereichen und 9 bis 13 € in Dienstleistungs- und Verkehrsberufen aus.

Vor 30 Jahren wären diese Zahlen noch aussagekräftiger gewesen. In den ersten Jahrzehnten der BRD, die geprägt waren von großem Nachholbedarf nach dem 2. Weltkrieg und der Systemkonkurrenz bestimmten Flächentarifverträge weitgehend das Lohnniveau, mit gewissen Abstrichen auch in gewerkschaftlich kaum organisierten Branchen. Das änderte sich nach der Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre, deutlich erkennbar spätestens seit dem Regierungswechsel von 1982, als Liberalisierung, Deregulierung und Sozialabbau offen zur Regierungspolitik wurden.

Zwar hatten die Gewerkschaften in den 80er Jahren noch die Kraft und den gesellschaftlichen Rückhalt, um in harten Kämpfen in einigen Kernbranchen die 35-Stunden-Woche zu erkämpfen, das änderte sich aber seit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa, nachdem auch die Schaufensterfunktion nach Osten entfiel und nun die Schaufensterauslagen abgeräumt wurden.

Mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Juli 1990 brach ein Großteil der nunmehr nicht mehr u. a. durch eine eigene Währung geschützten und bezüglich ihrer Produktivität unterlegenen DDR-Wirtschaft zusammen. In Zuge des nachfolgenden Prozesses der Vernichtung von über 6 Millionen Arbeitsplätzen verloren die Gewerkschaften des DGB auch in kurzer Zeit einen Großteil jener 5 Millionen Mitglieder des ehemaligen FDGB, die sich bei Auflösung der DDR-Gewerkschaften wieder organisierten. Der Osten wurde nun

zu einem Experimentierfeld für Lohn- und Sozialdumping, das Aushebeln und Unterlaufen von Flächentarifverträgen, Arbeitsschutzgesetzen usw.

Am Rande bemerkt sei, daß die damalige Medienpropaganda im Westen bezüglich der angeblich faulen und verwöhnten, kein richtiges Arbeiten gewöhnten „Ossis“ sehr der derzeitigen gleicht, mit der man das Vorgehen in der „Griechenlandkrise“ begründet.

Seit 2005 gelten in Deutschland die Hartzgesetze, von denen insbesondere Hartz IV berüchtigt ist, weil es ein staatliches Programm der Verarmung für Langzeitarbeitslose ist. In Remich referierte eine betroffene Genossin der DKP ausführlich vor unserer damaligen Konferenz. Die Wirkung beruht aber auch darauf, daß die Angst vor dem völligen sozialen Abstieg immer mehr Arbeitende bereit macht, für eine trügerische Sicherheit ihres Arbeitsplatzes auf Teile ihres Lohnes und andere tarifvertragliche Leistungen zu verzichten. Arbeitslose selbst werden gezwungen, schlecht und oftmals unter Tarif bezahlte Arbeit anzunehmen.

Hartz II beinhaltet eine Liberalisierung bei Zeit- und Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und beim Kündigungsschutz. Z & L eröffnete neue Möglichkeiten zum Lohndumping, vor allem dadurch, daß Konzerne selbst entsprechende Tochterfirmen gründen. So suchte z. B. eine Fa. ProServ Facharbeiter zum Einsatz in einem Reifenwerk für 7,38 € Stundenlohn. ProServ sitzt im Bad Kreuznacher Zweigwerk von Michelin, die fest angestellten Arbeiter verdienen gut 15 € pro Stunde.

Die nunmehr mögliche mehrfache Befristung verhindert, daß Beschäftigte ihre Rechte, z. B. auf tarifliche Bezahlung einfordern. Wer das tut, bekommt keinen neuen Vertrag und landet bald wieder bei Hartz IV. Minijobs etc. vernichten Vollzeit Arbeitsplätze und führen zur legalen Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen. Dabei wird auch schon die kommende Altersarmut vorprogrammiert.

Es gibt zudem immer noch Tarifverträge mit DGB-Gewerkschaften, die Hungerlöhne vorsehen. Das hat zwei Gründe: in den betreffenden Branchen, von Friseurhandwerk bis Wachgewerbe ist kaum jemand organisiert. Zudem drohen Unternehmen, mit kleinen Spaltergewerkschaften wie den in Deutschland dafür berüchtigten „Christlichen Gewerkschaften“ Tarifverträge abzuschließen, die dann noch schlechter wären.

Mittlerweile arbeiten 6,5 Mio. Menschen in der BRD im Niedriglohnsektor. Ca. 2,5 Mio. Menschen verdienen trotz Vollzeitarbeit nicht genug, um davon zu leben, haben dadurch Anspruch als „Aufstocker“, zusätzlich Arbeitslosengeld II (nach Hartz IV) zu beziehen. In der Callcenter-Branche etwa, die während der Privatisierungsphase der Telekommunikation als

Zukunftsbranche und „Jobmotor“ angepriesen wurde, sind auch bei langjährig Beschäftigten Nettolöhne von 700 € üblich.

Der Niedriglohnsektor übt insgesamt einen zunehmenden Druck auf das Lohngefüge aus, auch in traditionell immer noch gut organisierten industriellen Bereichen.

Erste Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn kamen im letzten Jahrzehnt zunächst in der Arbeitslosenbewegung und in neuen sozialen Bewegungen auf. Sie stießen zunächst auf die Ablehnung der Gewerkschaften, die daran einen Bruch mit der Tarifautonomie sahen und den Verlust von Einfluß befürchteten. Zudem gab es eine weit verbreitete, aber durch nichts zu belegende Angst, Mindestlöhne könnten das Lohnniveau nach unten drücken. Es waren die Gewerkschaften ver.di und NGG, die neben gut organisierten Branchen auch Niedriglohnbereiche organisieren, die im Laufe der Zeit erkannten, daß in diversen Bereichen die Tarifautonomie einfach nicht mehr greift und eine gesetzliche Untergrenze notwendig ist.

Nachdem die Forderung im DGB allgemein mehrheitsfähig war, wurden konkret 7,50 € pro Stunde gefordert. Andere forderten mehr, auch mit der Begründung, daß das weiterhin ein Armutslohn sei. Wir als DKP unterstützten die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, hielten aber den Disput um dessen Höhe für zweitrangig, da es zunächst mal einer großen politischen und gewerkschaftlichen Anstrengung bedarf, überhaupt eine gesetzliche Regelung durchzusetzen. Die Höhe wird sowieso eine permanente Kampfaufgabe sein. Im Antrag für ein aktionsorientiertes Forderungsprogramm zu unserem 19. Parteitag sprechen wir uns nun für 10 € Mindestlohn pro Stunde aus.

Dagegen formiert sich natürlich Widerstand, vor allem seitens des Kapitals, das von den Zuständen profitiert. So wird scheinheilig behauptet, er vergrößere die Arbeitslosigkeit, weil er Arbeitslosen und Geringqualifizierten die Chance nähme, Arbeit zu finden. Die jetzt mitregierende FDP steht natürlich voll dahinter. Die CDU ist ebenfalls gegen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Auch bei der SPD herrschte zu Regierungszeiten neben teilweiser verbaler Zustimmung praktische Ablehnung. Die große Koalition ging dazu über, in einigen Branchen wie dem Baugewerbe, bei Gebäudereinigern und den Postdienstleistern.

Dazu ist in der Regel die Zustimmung der Tarifvertragsparteien notwendig, wie schon früher bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Das kann sich im konkreten Fall durchaus mit den Interessen der einzelnen Kapitalisten decken, die sich zum Beispiel vor ausländischer Billigkonkurrenz geschützt sehen wollen. So wird jetzt demnächst auch die

ambulante Pflege einen Mindestlohn erhalten. Dann werden insgesamt ca. 2,5 Mio. Beschäftigte in der BRD branchenspezifische Mindestlöhne erhalten.

Die Erfahrungen in der EU, wo 20 von 27 Ländern einen gesetzlichen Mindestlohn haben, widersprechen den Argumenten der Gegner. Nirgends gingen dadurch Arbeitsplätze verloren. Für Deutschland ist errechnet, daß der Kaufkraftschub durch die Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 €, die der DGB auf seinem Kongreß im Mai zu seiner Forderung erheben will, ca. 225.000 neue Arbeitsplätze brächte.

Die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes wird auch zu einer Frage bezüglich der Zukunft der Gewerkschaften werden, ebenso wie die Frage nach der Durchsetzung von Höchstarbeitszeiten.

Sie hat aber auch internationale Bedeutung, und deshalb gehört das Thema auch auf unsere Konferenz. Dazu unser Stellvertretender Parteivorsitzender Leo Mayer vor dem PV der DKP im März:

"Wir haben kein Griechenlandproblem, sondern ein Deutschlandproblem", sagt Heiner Flassbeck, Chefökonom bei der UN-Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf.

Sein Vorwurf: Das systematische Lohndumping der in Deutschland produzierenden Unternehmen erlaubt, daß von Deutschland aus die anderen EU-Staaten von einer Exportwalze überrollt werden.

Aber Deutschland hat im Verhältnis zu diesen Ländern nicht nur Exportüberschüsse, sondern die süd- und osteuropäischen Länder haben sich v. a. auch bei deutschen Banken verschuldet, um die Importe bezahlen zu können... Jetzt kehrt dieser deutsche Exportüberschuß als Krise der Staatsfinanzen der EU-Nachbarländer in die EU und nach Deutschland zurück.

Die französische Finanzministerin Christine Lagarde fordert denn auch, was die Gewerkschaften zwar manchmal sagen - aber nicht dementsprechend handeln -, daß in Deutschland endlich mehr für die inländische Nachfrage getan werden muß“.

Als DKP haben wir uns im EU-Wahlkampf zu der Frage eines europäischen Mindestlohnes positioniert und dessen flächendeckende Einführung gefordert. Er soll sich in seiner Höhe von 60% der jeweiligen nationalen Durchschnittslöhne an den ökonomischen Verhältnissen orientieren. Eine Bindung an den Durchschnittslohn schafft eine Interessensgleichheit aller

Beschäftigten, der Mindestlohn würde in seiner Höhe nicht zum Gegenstand parteipolitischer Spielchen der Parteien des Kapitals werden, sondern über gewerkschaftliche Kämpfe direkt beeinflusst werden können. Wenn alle Arbeitenden erkennen, daß ihnen sowohl ein gesetzlicher Mindestlohn als auch

Lohnerhöhungen für mehr verdienende Kolleginnen und Kollegen nutzen, wachsen die Chancen, eine breite Bewegung zur Durchsetzung zu entwickeln.

Von der Staatsbahn zur Aktiengesellschaft: Privatisierung der Bundesbahn in Deutschland

**Von Volker Jung,
Mitglied der Internationalen Kommission der DKP**

Vorwort:

Die heutige Deutsche Bahn AG ist immer noch zu 100 % im Eigentum der BRD, eine Privatisierung von Teilen oder in Gänze ist ihr trotz großer Anstrengungen bisher nicht gelungen. Dies hat unterschiedliche Gründe. Hier die Wichtigsten: Große Widerstände in der Bevölkerung; Bisher keine Mehrheiten im Parlament gefunden; Die Wirtschaftskrise!

1. Blick auf die Zeit bis zur Umwidmung in eine AG

Will man über die Privatisierungsversuche der Deutschen Bahnen berichten muss man einen Blick zurück in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts werfen.

In den 80er Jahren hatte sich bei der Deutschen Bundesbahn seit dem 2. Weltkrieg ein Schuldenstand von ca. 70 Mrd. DM (rund 35 Mrd. Euro) angehäuft. In dieser Zeit wurden Stimmen aus den damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP die Deutsche Bundesbahn zu privatisieren laut. Es gab ein massives Trommelfeuer in der Presse für einen solchen Schritt der auch bei der SPD und der DGB Gewerkschaft GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, heute TRANSNET) angekommen ist.

So gab es Arbeitsgruppen aus Industrie, Politik und Gewerkschaften die sich letztlich darauf einigten die Deutsche Bundesbahn und geschichtlich bedingt dann auch die Deutsche Reichsbahn in die privatrechtliche Form einer AG zu überführen.

Bis auf wenige Ausnahmen, hauptsächlich von der FDP, wurde in offiziellen Verlautbarungen nicht von einer Privatisierung gesprochen. Es ist aber klar dass diese Zielrichtung zumindest von Seiten der Wirtschaft im Blick war.

2. Die sofortigen Auswirkungen

1993 wurde dann das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit einer Zweidrittelmehrheit dahingehend geändert dass diese Umwidmung möglich wurde.

Die aufgelaufenen Schulden wurden in eine neue Behörde, das Bundeseisenbahnvermögen, verschoben. Dieses wurde auch die Behörde, die alle Beamten der Bundesbahn übernahm, da eine AG keine Beamten als Beamte beschäftigen kann und diese auch nicht gekündigt werden konnten. Die Beamten wurden dann dieser neugegründeten AG kostengünstig als Leihangestellte zur Verfügung gestellt. Die zum Wechsel am 01. Januar 1994 schuldenfrei gestellte Firma bekam dadurch und durch neue Tarifverträge ihr Personal zu rund der Hälfte der Lohnkosten gegenüber der vorherigen Bundes- und Reichsbahn. Zusätzlich wurden inzwischen mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze vernichtet. Trotzdem ist der Schuldenstand der DB AG heute wieder bei rund 15,3 Mrd. Euro angelangt, nach Eigenangabe der DB AG.

Sehr schnell wurden große Änderungen innerhalb des Konzerns durchgeführt. Schon in den ersten zwei bis drei Jahren wurden Gepäck- Express- und Stückgut abgeschafft. Auch an Einzelwagenladungen war man nicht mehr interessiert. Tausende Gleisanschlüsse in Betriebe wurden gekündigt. Die eine AG wurde in über 200 Einzelbetriebe filettiert. Überall sitzen gut bezahlte Manager, die zwar keine Ahnung haben, aber viel Geld bekommen das den Arbeitern weggeschnitten wird. So bekommt ein Schichtdienst leistender Mitarbeiter (Fahrdienstleiter, Lokführer oder ähnliches heute ca. 1400 – 1700 Euro und der Personalchef der Bahn AG ca. 140 000 Euro im Monat.

Als Beispiel für die Geldverschwendung oder die Bewusstmachung wie Geld innerhalb eines solchen privatrechtlich geführten Konzerns gegenüber einer „Behördenbahn“ nach oben verschoben wird um es unten zu kürzen, benütze ich immer gerne ein paar Zahlen aus der Geschichte und der Gegenwart.

1970, als ich bei der Deutschen Bundesbahn anfang zu arbeiten, gab es bei über 500 000 Beschäftigten etwas mehr als 1000 Beamte des höheren Dienstes. Deren Besoldung liegt heute im Schnitt bei ca. 7000,- Euro pro Monat. Im heutigen DB AG Konzern mit noch etwa 180 000 Mitarbeitern arbeiten rund 20 000 Menschen mit höheren Gehältern. Dafür hat der

normale Arbeiter nur etwa die Hälfte des Einkommens gegenüber damaliger Zeit (Hochgerechnet!)

Fast das komplette Management der obersten Ebene kam aus konkurrierenden Bereichen wie Automobilindustrie und Luftfahrt. Auch die mittlere Ebene kommt heute meist aus diesen Bereichen oder direkt vom Betriebswirtschaftsstudium mit vollkommend fehlender Kenntnis eines Betriebs mit großer Verzahnung.

3. Einige Informationen zu weiteren Entwicklungen seit 1994

Im Überleitungsvertrag wurde festgelegt dass Gebäude, Gelände usw. das nicht mehr zum Bahnbetrieb benötigt wird übergeht an das Bundeseisenbahnvermögen. Dies wird ganz selten gemacht so dass heute die Bahn AG immer wieder Millionen aus Grundstück- und Immobiliengeschäfte in den eigenen Konzern fließen lässt. Hierzu liegen zur Zeit einige Strafanträge bei der Staatsanwaltschaft. Was daraus wird ist abzuwarten.

Das zweitgrößte Festnetz der Telekommunikationsbranche der BRD, das ehemalige Bahneigene Telefonnetz wurde noch zu Bundes- und Reichsbahnzeiten auf Staatskosten mit rund 2 Milliarden auf Glasfaser umgestellt und der Großteil nach der Umwandlung dann an ein Konsortium aus Mannesmann und Deutsche Bank für wenige Millionen verkauft. Auch hier eine versteckte Subvention an die Industrie. Diese Subventionen haben Tradition und reichen weit in Forschung und Entwicklung des Eisenbahnwesens in der BRD. Es ist ähnlich wie in der Rüstungsindustrie zu beobachten, dass die kapitalistische Wirtschaft mit sicheren Bestellungen mit Staatsgeldern von der DB AG, von jeglichen Risiken der Neuentwicklungen freigestellt wird und ihre Produkte mit weit überhöhten Preisen ausliefert.

4. Die aktuelle Situation

Bis letztes Jahr war ein Vorstandsvorsitzender (Hartmut Mehrdorn) an der Konzernspitze der mit allen Mitteln versuchte die Bahn an die Börse zu bringen und zu verscherbeln. Geplant war ein Aktienerlös von etwa 15 Milliarden Euro. Dazu muss man wissen dass der Wert der DB AG auf über 100 Milliarden Euro geschätzt wird und dass ein – theoretischer – Neubau der vorhandenen Bahn ca. 230 Milliarden Euro benötigte.

Hier sollte also Volksvermögen von mehr als 100 Milliarden Euro für lächerliche 15 Milliarden verhökert werden.

Letztes Jahr musste Mehrdorn gehen, allerdings nicht mit der Begründung dass er es nicht geschafft hat die Bahn an die Börse zu bringen sondern weil er elektronisch alle Mitarbeiter der Bahn AG ausspionieren lies.

5. Erfahrungen aus anderen Ländern

Über die Erfahrung mit privatisierten Bahnen in anderen Ländern kann ich hier leider nicht umfangreich berichten, aber vielleicht zwei, drei Informationen. Nach großen Unfällen in Großbritannien ist dort das Schienennetz wieder verstaatlicht worden.

Argentinien: Die Staatsbahn wurde 1992 von Carlos Menem privatisiert, was zur negativen Folge hatte, dass der Fahrgastbetrieb noch mehr reduziert wurde, die Eisenbahnergewerkschaft zerschlagen wurde, 50.000 Menschen arbeitslos wurden, ganze Landstriche verödeten und die Korruption im Eisenbahngeschäft stark zunahm.

1988 gab es noch 35.746 km Schienen, bis 1998 sind davon nur noch 11.677 km - also weniger als ein Drittel - übrig geblieben. Der Abbau geht weiter. Ähnlich sieht es in allen anderen Ländern aus in denen die Bahn schon privatisiert wurde.

6. Ausblick

Es gibt in Deutschland relativ breite Allianzen zur Verhinderung der Bahnprivatisierung. Die reicht von Attac über Bahn von Unten, eine Organisation von Gewerkschaftern der TRANSPORT über die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Naturfreunden, BUND, BBU, die Grünen, Linke, Robin Wood und viele andere mehr. Eine Verhinderung wird aber sicher nur möglich sein wenn sowohl im Parlament der BRD keine Zweidrittelmehrheit zusammenkommt und das gelingt nur durch außerparlamentarische Bewegung, aber auch EU weit ist es dringend notwendig weiter Druck auf Brüssel auszuüben ihre EU-Direktiven die immer mehr zu einer Privatisierung der europäischen Bahngesellschaften und zu einem so genannten Liberalisierungsprozess führen, zurückzunehmen.

7. Schlusswort:

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Zeit hat mir nur ermöglicht über einen kleinen Ausschnitt der Auswirkungen der Umwandlung von einer Staatsbahn zu einer Aktiengesellschaft zu sprechen. Es ist ein gemeinsamer Kampf notwendig eine der größten geplanten Enteignungen der Bevölkerung unserer Länder zu verhindern. Ich hoffe ich konnte ein paar Informationen mitteilen die Euch ein wenig bei

der Mobilisierung gegen die Bahnprivatisierung helfen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Für weitere Informationen stehe ich soweit ich das kann gerne zur Verfügung.

Zur Automobilindustrie

Situation, Schlussfolgerungen, Aussichten

**Von Uwe Fritsch,
Mitglied des Sekretariats des PV der DKP**

(Hier folgt der Abdruck einer Präsentation, die mündlich ergänzt wurde)

Inhalt

- **Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen in Deutschland**
- **Rahmenbedingungen der europäischen Automobilindustrie**
- **Exkurs: Auswirkungen der Elektromobilität auf Arbeit und Belegschaften**
- **Staatliche Förderprogramme_**
- **Strategien der IG Metall zum Arbeitsplatzert**
-

1. **Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen in Deutschland**

- **Arbeitslosenzahlen von 5 Mio zu erwarten**
- **Weiterer Sozialabbau**

- Krankenversicherung für Arbeitgeber wird eingefroren
- Keine Bezuschussung von Vorruhestand
- In Rente erst mit 67 oder später
- Fehlende Mindestlöhne in weiten Bereichen
- Ausdehnung Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse

- **Entwicklung Umweltschutz**

- Laufzeit AKWs wird verlängert EU-CO2-Ausstoß-Vorgaben: 130 Gramm bis 2015

2. Rahmenbedingungen der europäischen Automobilindustrie

- Weltweite Überkapazitäten
- Stagnation des Absatzes im Euro-Raum (siehe Chart)
- Erstarkende asiatische Konkurrenz in Europa
- Fehlende Nachfrage wegen Kaufkraftverlust (Sozialabbau)
- Firmensterben bei Autobauern und Zulieferern
- Auslandsmärkte fertigen verstärkt selbst
- Autos kleiner, Rendite geringer
- Geändertes Umweltbewusstsein der Käufer
- Ressourcenverknappung
- Angedrohte EU-Strafen für CO2-Emissionen Produktivitätssteigerung durch „Verschlankung“ der Produktion

Weltabsatz PKW Prognose 2010 in Millionen Stück

	2007 Ist	2008 Ist	2009	+/- in %	2010	+/- in %
Europa	16,0	14,7	14,5	-2	13,3	-8
Deutschland	3,1	3,1	3,8	23	2,7	-29
Frankreich	2,1	2,1	2,3	11	2,2	-3
UK	2,4	2,1	2,0	-6	2,0	0
Italien	2,5	2,2	2,2	-1	2,2	2
Spanien	1,6	1,2	1,0	-18	1,0	5
Russland	2,5	2,9	1,5	-48	1,7	13

Nordamerika	18,9	15,9	13,0	-18	13,6	5
USA	16,1	13,2	10,4	-21	11,0	6
Südamerika	3,4	3,5	4,0	14	4,0	0
Asien Pazifik	14,7	15,3	17,9	17	18,6	4
China	5,3	5,7	8,4	47	9,2	10
Japan	4,4	4,2	3,9	-7	3,9	-1
Indien	1,2	1,6	1,8	17	2,0	10
Rest	3,5	3,1	3,1	0	3,2	3
Weltabsatz	58,9	55,4	54,0	-3	54,4	1
Weltproduktion	60,4	57,4				

Quelle: Hersteller, VDA, KBA, BDW, eigene Berechnung,
aus: Babette Fröhlich IGM Vorstand „Automobilindustrie – Stand 03. März 2010“

3. Auswirkungen Elektromobilität auf Arbeit und Belegschaften

- Fertigung von Elektroautos wird Art und Weise der Produktion bei Automobilherstellern und in der Zulieferindustrie erheblich verändern
- Anforderungen an Qualifikation der Beschäftigten verändern sich Ingenieurwissen / Entwicklungsbereiche werden sich verstärken

4. Staatliche Förderprogramme

Zuschüsse erfolgen ohne Auflagen für Arbeitsplatzsicherung!

- EU-Zuschüsse:
 - 1 Mrd \$ (2010/2013) European Green Car Initiative
 - 4 Mrd \$ Kredite (EIB) für Green Cars
 - 730 Mio € für Energietechnologien (2007/2013)
 - 65 Mio € u.a. für Energy in Transport (2009)
- Einzelstaatliche Programme, z.B. Deutschland 580 Mio €
- Zum Vergleich:

USA investieren mehr als 177,4 Mrd € in die Entwicklung der Elektromobilität, China 3 Mrd €Außerdem: Steueranreize in verschiedenen europäischen Ländern

5. Strategien der IG Metall zum Arbeitsplatzzerhalt

- Grundsätzlich / kurzfristig
 - Verlängerung Kurzarbeit von 18 auf 24 Monate
 - Weiterbildung während Kurzarbeit
 - Staatlich subventionierte Arbeitszeitverkürzung für Krisenbetriebe
- Automobilindustrie
 - Europäische Industriepolitik zum Standorterhalt
 - Förderung der Forschung und Entwicklung
 - Erhalt und Ausbau der Unternehmensmitbestimmung
 - Branchenrat

Arbeitszeitverkürzung und Konversion kommen zu kurz!

6. Strategien für Erhalt der Arbeitsplätze

- IGM
kurzfristig: Verlängerung Kurzarbeit, Zurückhaltung in Tarifpolitik
mittel-/langfristig: Branchenrat für Entwicklung Industriepolitik

Wichtige Hebel

- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich evtl. mit staatlicher Förderung
- Alternative, ökologische Produktion entwickeln, auch automobilfern

**Internationale Zusammenarbeit statt Standortkonkurrenz
(VW-Beispiel: Charta der Arbeitsbeziehungen)**

Luxemburg:

Beschäftigungspolitik, Arbeitsmarkt und Aktionen und Forderungen der Kommunisten im Kampf gegen Arbeitslosigkeit

- Man hört ja immer wieder von Politikern, das Schlimmste sei überstanden, die Konjunktur sei dabei wieder anzuziehen, es sei wieder deutlich Licht am Ende des Tunnels zu sehen.
- Nun, wenn bürgerliche Politiker von Krise und Wirtschaft reden, dann beschränken sich ihre Interessen meistens nur auf Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Bilanzen, Gewinne oder Verluste.
- Über die eigentliche Situation in den Betrieben reden sie nicht. Denn sie kennen sie nicht. Sie reden weder über Postenabbau, noch über die Auslagerung von Produktionsstellen, Betriebsschließungen oder Pleiten. Auch über die Arbeitsbedingungen, die sich in den letzten Jahren massiv verschlechtert haben – seit Beginn der kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftskrise ganz besonders –, reden sie nicht.
- Wir Kommunisten dürfen dies nicht tun. Denn zu unseren Aufgaben gehört, uns eingehend mit den Problemen zu befassen, von denen die Schaffenden betroffen sind. Deshalb ist es von größter Bedeutung jederzeit über die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Bilde zu sein, zu wissen in welchen Sektoren sich die Lage zugespitzt hat, wo der Druck auf die Schaffenden am schlimmsten ist.

Situation Arbeitsmarkt Anfang 2010

- Anfang des Jahres waren um die 335.000 Erwerbstätige bei der Sozialversicherung in Luxemburg eingeschrieben. Das heißt rund 3.000 weniger als 12 Monate zuvor. Dabei sollte man wissen, dass seit 1990 in Luxemburg jährlich ein großer Zuwachs von Arbeitsplätzen zu vermelden waren. 6.000 bis maximal 14.000 pro Jahr. So wuchs die Zahl der in Luxemburg beschäftigten Lohnabhängigen von 215.000 im Jahr 1995 über 264.000 im Jahr 2000 auf derzeit nahezu 335.000. Die Zahl der Beschäftigten, die in Luxemburg wohnen – die »résidents« – ging dabei nur leicht zurück, die der Grenzgänger jedoch um rund 2.500.

- Ja, in Luxemburg gibt es eine spezielle Situation. Dort arbeiten um die 150.000 Grenzgänger, die täglich aus der Großregion anreisen, 73.000 kommen Frankreich, 37.500 aus Belgien und 37.000 aus Deutschland.
- Der Arbeitsmarkt setzt sich aus 60 Prozent »Résidents« und aus 40 Prozent Grenzgängern zusammen. Erwerbstätige von luxemburgischer Nationalität machen kaum noch 33% aus. Sie sind somit deutlich in der Minorität, da der Anteil der beschäftigten »Résidents« aus einem Großteil an ausländischen Mitbürgern besteht, allen voran aus Portugiesen. Man sollte wissen, dass die Bevölkerung in Luxemburg derzeit aus rund 278.000 Luxemburgern und 215.500 Ausländern besteht.
- Fakt ist, dass aufgrund dieser speziellen Situation die Arbeiterklasse **keine gemeinsame Sprache** spricht. Was die unserer Partei deutlich erschwert.
- In welchen Sektoren sind die Erwerbstätigen in Luxemburg beschäftigt?
- Beim Staat arbeiten um die 25.000 Personen. Vor 50 Jahren waren es deren 7.800 und vor 20 Jahren 12.000. Also ein Zuwachs von mehr als 100 Prozent im Vergleich zu 1990.
- Auch in den Gemeinden, die rund 5.000 Lohnabhängige beschäftigen, stiegen die Beschäftigtenzahlen, wenn auch in einem kleineren Ausmaß.
- Völlig andere Entwicklung bei der nationalen Eisenbahngesellschaft. Dort ging es in die andere Richtung. Standen nämlich vor 50 Jahren noch 5.123 Eisenbahner in den Diensten der CFL (nationale Eisenbahngesellschaft), so sind es deren heute nur mehr rund 3.500.
- Die Post beschäftigt ebenfalls um die 3.500 Lohnabhängige. Aufgrund der rasanten Entwicklung im Bereich Internet und Telekommunikation, arbeiten bei der Post heute rund 800 Erwerbstätige mehr als noch vor 7 Jahren. Jedoch beschloss die Postdirektion kürzlich, künftig drastisch abzubauen und Abteilungen – allen voran die Telefonie – auszugliedern und zu privatisieren. Auch der traditionelle Beruf des Briefträgers soll bei der Post längerfristig verschwinden. So werden bereits Projekte getestet, dass ein Teil der Post künftig nicht mehr durch die Briefträger, sondern durch Zeitungsausträger mit weitaus geringerem Lohn ausgeteilt werden soll.

- Beim Staat, bei Gemeinden und Eisenbahn, zum Teil auch bei der Post, sind aufgrund der bestehenden Jobgarantie und der eher guten Entlohnung praktisch nur Luxemburger beschäftigt.
- Der Finanzsektor beschäftigt seinerseits um die 27.000 Angestellten. Fast $\frac{3}{4}$ davon sind Ausländer. Wenn laut Gewerkschaften die Zahl der Angestellten bis Mitte 2008 auch stetig anstieg, so wurde jedoch ab September des gleichen Jahres deutlich im Finanzsektor abgebaut. Rund 1.500 Posten allein im letzten Jahr. Die Gewerkschaften
- gehen davon aus, dass im Bankensektor auch in diesem Jahr um die 1.500 Arbeitsplätze vernichtet werden.
- Weitere wichtige Wirtschaftszweige in Luxemburg sind die Sektoren Industrie, Handwerk und Bauwesen. Sektoren, die deutlich von der Krise betroffen sind, die Folgen davon jedoch noch nicht überall in vollem Ausmaß zu spüren sind. Dies gilt besonders für Firmen, die fast ausschließlich vom Export abhängig sind. Dort wird der Rotstift sein Unwesen weiter treiben.
- Im Handwerk sind rund 60.000 Menschen beschäftigt, davon mehr als die Hälfte im Sektor Bauwesen. Das Handwerk und das Bauwesen sind zwei Bereiche, in denen nicht nur traditionell manuell schwer gearbeitet wird, sondern in denen die Löhne mit am niedrigsten sind. Sie liegen in der Regel im Bereich des Mindestlohns.
- Das gleiche gilt für den Bereich Handel (Commerce), in dem das Personal ebenfalls zu den Niedriglohnverdienern zu rechnen ist. Dies trifft besonders auf die vielen Verkäuferinnen und Verkäufer in Geschäften zu, deren Löhne nicht kollektivvertraglich ausgehandelt werden. Dort gibt es nicht mehr als den Mindestlohn, ganz gleich wie oft und wie lange man hinter der Theke zu stehen hat. Doch auch in Firmen, in dem es einen Kollektivvertrag gibt, sind die Löhne recht bescheiden. Im Handel sind insgesamt um die 35.000 Menschen beschäftigt, davon 15.000 im Großhandel und 19.000 im Kleinhandel. Also ebenfalls ein wichtiger Wirtschaftszweig. Von Kurzarbeit waren diese Lohnabhängigen noch nicht direkt betroffen. Allerdings haben sich ihre Arbeitsbedingungen deutlich verschlechtert. Auch ihr Einkommen wurde vielerorts beschnitten. Dies, indem ihnen Zuschüsse vorenthalten und Gratifikationen gestrichen oder in Einkaufsgutscheine umgewandelt wurden. Einkaufsgutscheine, die man nur in der eigenen Firma einlösen kann. Das reale Einkommen dieser Leute wurde also beschnitten, ohne dass es direkt auffiel und groß in der Öffentlichkeit darüber geredet wurde.

- Der Sektor Industrie beschäftigt über 70.000 Arbeiter und Angestellte. Zu diesem Sektor gehören Bereiche wie die Stahlindustrie, Metallverarbeitung, Chemie, Kunststoff, Maschinenbau, Holz, Textil oder Druckereiwesen. Ein Sektor, der sehr unter der Krise leidet und in dem am meisten kurzgearbeitet wird und Posten abgebaut wurden.
- Kurz ein Wort zur Stahlindustrie. Wo einst um die 30.000 Leute beschäftigt waren, arbeiten heute nur mehr 6.500 Personen, davon nur mehr knapp 3.400 im Kernbereich der Stahlindustrie. Allein im letzten Jahr wurden um die 600 Posten bei ArcelorMittal gestrichen. Im Rahmen des Restrukturierungsplans »Lux2011« dürften bis Ende 2011 abermals bis zu 500 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie verschwinden.
- Weitere wichtige Sektoren sind der Transport mit rund 20.000 Beschäftigten, die Sektoren Gesundheit und Soziales mit mehr als 18.000 Beschäftigten und der Sektor Gaststätten, Hotels und Restauration mit etwa 13.000 Lohnabhängigen.
- **Lohnstrukturen**
- Was verdient man in Luxemburg?
- Nun, das statistische Amt teilt die Schaffenden in vier Verdienstgruppen ein.
- Die Gruppe 1 besteht aus Kadern, Dirigenten und intellektuellen Berufen: der Durchschnittsnettolohn dieser Gruppe wurde für das Jahr 2008 mit 4.435 Euro angegeben, der mediane Lohn (50% verdienen mehr, 50% verdienen weniger) mit 3.748 Euro.
- Für die Verdienstgruppe 2 (u.a. Techniker, Architekten, Kinesitherapeuten, Fotografen, Informatiker, usw.) werden der Durchschnittsnettolohn mit 3.324 Euro und der mediane Lohn mit 3.157 Euro angegeben.
- Verdienstgruppe 3 (Angestellte): Durchschnittsnettolohn 2.623 Euro und medianer Lohn 2.471 Euro.
- Verdienstgruppe 4: Handwerker und manuell arbeitende Personen: Durchschnittslohn 2.194 Euro – medianer Lohn 2.031 Euro.
- Um die 20 Prozent der Beschäftigten (rund 68.000) in Luxemburg hat angeblich ein Nettoeinkommen von mehr als 3.900 Euro, dem gegenüber haben mehr als 23 Prozent (rund 77.000 Erwerbstätige) ein Nettoeinkommen von weniger als 1.800 Euro im Monat. Der soziale Mindestlohn in Luxemburg beträgt derzeit 1.682 Euro. Der qualifizierte Mindestlohn ist um 20 Prozent höher.

- Bleiben wir bei der Tarifpolitik und den direkten Folgen der Krise auf die Löhne:
- Nun Genossen, es geht ganz deutlich in Richtung »weniger Lohn für mehr Arbeit«. In allen Wirtschaftssektoren ist nämlich Sparen angesagt, dies zumindest was die Höhe der Lohnmasse anbelangt.
- Hier einige Beispiele: Bei Goodyear verzichteten die Gewerkschaften auf kollektivvertraglich festgehaltene Lohnaufbesserungen, im Bereich Lkw-Fahrer und im Sektor Banken wurden Nullrunden abgeschlossen, in so manchen Betrieben der Klein- und Mittelindustrie wurden der 13. Monat oder die Gratifikation entweder gestrichen, in Einkaufsgutscheine umgewandelt oder noch straffer an die Präsenz am Arbeitsplatz (absentéisme) gebunden. Beispiele, die sicherlich Schule in anderen Sektoren machen werden.
- Doch auch über andere Wege werden die Schaffenden abgezockt. Beispielsweise durch das Vorenthalten von Zuschüssen bei Überstunden – die seit Einführung des Einheitsstatuts am 1. Januar 2009 praktisch nur mehr durch freie Tage kompensiert werden. Abgezockt werden sie auch durch das Vorenthalten von Zuschüssen für Sonn- und Feiertagsschichten sowie dem Nicht-Gewähren von Prämien für Nachtarbeit. Zuschüsse für Nachtarbeit müssen in Luxemburg über den Kollektivvertrag ausgehandelt werden, da sie im Arbeitsrecht nicht festgehalten sind.
- Bevor ich mich mit der Situation der Arbeitslosen beschäftigen möchte, hier noch zwei interessante Entwicklungen, die deutlich in Richtung »Flexicurity« gehen.
- So stieg die Teilzeitarbeit von 7% im Jahre 1990 auf 18 Prozent im Jahr 2008, und die Zahl der Zeitverträge von 2 Prozent im Jahr 1997 auf 7 Prozent im Jahr 2007. In beiden Fällen Tendenz deutlich steigend.
- **Die Situation der Arbeitsuchenden**
- Die Zahl der offiziell als Arbeitslose geführten Arbeitsuchenden stieg von 4.600 im Jahr 2004 auf rund 15.000 Anfang Januar 2010.
- Rechnet man die Teilinvaliden hinzu, die aufgrund eines skandalösen Invaliditätsgesetzes in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden, die weit über 3.000 Frauen und Männer, die nur zeitbegrenzt in Beschäftigungsmaßnahmen eingebunden sind, die Personen, deren Antrag in Bearbeitung oder suspendiert wurde, und denen die Unterstützung aus welchen Ursachen auch immer gestrichen wurde, so zählt das reiche Lu-

xemburg heute nahezu 25.000 Arbeitsuchende. Die Dunkelziffer dürfte sogar deutlich höher liegen, da eine rezente Studie festhielt, dass im Jahr 2008 bis zu 5.000 Menschen auf eigene Faust auf Jobsuche waren, also nicht bei der Arbeitsmarktverwaltung eingeschrieben waren.

- Seit Beginn der Krise stieg die Zahl der Arbeitslosen um rund 25 Prozent.
- Wenn man derzeit über die Situation auf dem Arbeitsmarkt spricht, darf man die Tausenden von Kurzarbeitern nicht vergessen – vor der Krise monatlich bis zu 500, heute ständig zwischen 7.000 und 8.500 Kurzarbeiter –, die monatlich Lohnverluste in Höhe von 20 Prozent aufgebrummt bekommen (10%, wenn sie Fortbildungskurse befolgen). Ihre Zukunft wird von Monat zu Monat ungewisser. Denn je länger in den Betrieben auf Sparflamme gefahren wird, umso größer wird die Gefahr, dass ein Großteil der heute von Kurzarbeit betroffenen Arbeitsplätze morgen vernichtet wird.
- Die Kurzarbeitet belastet allerdings nur die betroffenen Arbeiter und den Steuerzahler. Denn das Patronat wurde von den 20%, das es bei der Finanzierung der Kurzarbeit beisteuern musste, befreit. Ihren Anteil übernimmt der Staat. Im September des letzten Jahres waren hierfür bei fast 9.000 Kurzarbeitern 12,1 Millionen Euro vorgesehen. Man kann also grob errechnen, dass den Schaffenden, die kurzarbeiten, monatlich um die 3 Millionen Euro vorenthalten werden. Bei 9.000 Kurzarbeitern wären dies durchschnittlich 300 Euro pro Kurzarbeiter gewesen.
- **Krise längst nicht vorbei**
- Dass wir keinesfalls aus dem Größten heraus sind, zeigen die Voraussagen vom nationalen statistischen Amt (Statec) und von der Zentralbank, die beide von weiter steigenden Arbeitslosenzahlen sprechen. Die Entwicklung der letzten Monate und Wochen deutet auch ganz klar in diese Richtung: Der weltweit bekannte Keramikhersteller Villeroy & Boch wird bekanntlich im Sommer die Produktion in Luxemburg einstellen – wodurch die 230 letzten der einst bis zu 1.000 Beschäftigten ihren Job verlieren werden. Darüber hinaus lagerten zahlreiche Betriebe aus der Klein- und Mittelindustrie in den beiden letzten Jahren die Produktion in Billiglohnländer aus, Baufirmen meldeten Konkurs an, im Finanzsektor wurden zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet.

- Ohne dass viel darüber geredet wird, wurden in der Stahlindustrie, wie vorhin bereits erwähnt, im letzten Jahr 500 Posten im Kernbereich der Produktion abgeschafft. 400 Posten wurden zusätzlich in der zentralen Verwaltung (administration) gestrichen. Ein Postenabbau, der 2010 fortgesetzt wird, denn das im Dezember 2008 mit Einwilligung der Gewerkschaften unterzeichnete Restrukturierungsabkommen »Lux2011« sieht vor, dass bis Ende 2011 im Kernbereich der Luxemburger Stahlindustrie bis zu 850 gestrichen werden sollen.
- In Luxemburg wurden im letzten Jahr demnach massiv Arbeitsplätze abgebaut. Zu nennenswerten Protestaktionen kam es jedoch nicht. Denn Luxemburgs Gewerkschaften sind voll und ganz ins kapitalistische System eingebunden. Sie haben die Straße gegen den Verhandlungstisch ausgetauscht. Dies ganz im Sinne von »Sozialpartnerschaft« und »Modell Luxemburg«. Statt mit gewerkschaftlichen Kampfaktionen – bis hin zu Streiks – für den Erhalt eines jeden Arbeitsplatzes zu kämpfen, wird hinter verschlossenen Türen meist nur um die Höhe der Abgangsentschädigung verhandelt. Mit dem Ergebnis, dass den Betroffenen der Einstieg in die Arbeitslosigkeit durch einige Tausend Euros zwar etwas »verschönert« wird, die Arbeitsplätze jedoch weg und für künftige Generationen nicht mehr vorhanden sind.
- Als einzige Ausnahme ist hier die beabsichtigte Stilllegung einer Brauerei im Norden des Landes zu nennen. Nur wenige Tage nach Bekanntgabe durch InBev, die Bierproduktion werde von Diekirch nach Belgien ausgelagert, protestierten in den Straßen der kleinen Nordstadt nämlich 1.500 Menschen gegen die Abbaupläne des multinationalen Konzerns. Initiator des Protestmarsches waren jedoch nicht die Gewerkschaften, sondern eine Gruppe junger Menschen, die über »Facebook« zum Widerstand aufgerufen hatten und aufgrund der zahlreichen Zustimmung die Gewerkschaften dazu gezwungen hatten, sich an der Aktion zu beteiligen. An der Politik der Gewerkschaften änderte sich jedoch nichts. Von einem Streik wollten diese nichts wissen, obwohl zur gleichen Zeit in belgischen Brauereien des Konzerns InBev durch Arbeitsniederlegungen erzwungen wurde, den im Restrukturierungsplan für Belgien enthaltenen Arbeitsplatzabbau zu stoppen.
- Nicht ausgeschlossen ist allerdings, dass die Gewerkschaften gezwungen werden, ihre Politik zu ändern. Aus den Verhandlungen der nationalen Tripartite, auf die Ali Ruckert eingehen wird, sind jedenfalls solche Töne zu hören.
- Auch unsere Partei war beim Protestmarsch für den Erhalt der Brauerei und ihren Arbeitsplätzen massiv vertreten. Wenn sich heute auch eine nationale Lösung andeutet – das Terrain soll von einer Finanzgruppe gekauft und an InBev vermietet werden – fordern wir Kommunisten nach wie vor die Nationalisierung der Brauerei, die einzige

Möglichkeit, den Standort und die Arbeitsplätze längerfristig zu erhalten. Unsere Forderung haben wir über unsere Zeitung an alle Haushalte der Brauereistadt verteilt.

- Von sicherer Gewerkschaftsquelle wissen wir, dass viele andere Betriebe angeben, in Schwierigkeiten zu sein, dass dort die Arbeitsbedingungen zunehmend schlechter werden, den Schaffenden massiv Zuschüsse vorenthalten werden, vermehrt Löhne mit Verspätung ausbezahlt oder vorenthalten werden. Fakt ist, dass immer häufiger Beschäftigte ihren Lohn gerichtlich einfordern müssen. Aus Erfahrung wissen wir, dass dies meist die Vorboten dafür sind, dass Arbeitsplätze abgebaut werden, Firmen in absehbarer Zeit dicht machen oder in Konkurs gehen.
- Darüber hinaus wissen wir, dass die Krise von vielen Unternehmern ausgenutzt wird, um allein aus reiner Profitgier Posten abzubauen.
- Dies geschieht meistens schrittweise: in einer ersten Phase werden Zeitverträge nicht mehr verlängert (50% weniger Zeitverträge seit Ausbruch der Krise), dann folgen interne Restrukturierung (Postenabbau), bevor die Produktion in einer letzten Phase ausgelagert oder stillgelegt wird. Betriebe machen dicht oder gehen in Konkurs.
- So verloren im letzten Jahr allein durch Pleiten mehr als 1.500 Lohnabhängige ihre Arbeit. Deshalb muss das Insolvenzgesetz unbedingt reformiert werden. Und zwar im Interesse der Schaffenden. In diesem Sinne hier drei unserer wichtigsten Forderungen:
- In einem reformierten Gesetz muss festgehalten werden, dass bei Pleiten die betroffenen Lohnabhängigen als erste entschädigt werden müssen, und nicht wie derzeit die Steuerverwaltung und die Sozialversicherung.
- Darüber hinaus sollte ein Fonds geschaffen werden, der von Staat und Patronat (je nach Gewinne) gespeist werden muss, und aus welchem den Schaffenden bei Pleiten auf schnellstem Weg eventuelle Lohnrückstände zu zahlen sind.
- Eine dritte Forderung sollte darin bestehen, dass bis zur Auszahlung des Superprivilegs (vom Gesetz geregelte Abgangsentschädigung) – meistens erst nach drei oder vier Monaten – Vorauszahlungen vom Staat zu übernehmen sind.

Genossinnen und Genossen,

- Um die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen zu können, reichen gute Absichtserklärungen, so wie sie seit Jahren von der Regierung zu hören sind, nicht. Es muss schleunigst gehandelt werden. Und zwar mit einer aktiven Beschäftigungspolitik.

- Da jeder zweite Arbeitslose nur geringe schulische und berufliche Kenntnisse aufweist, und weit über ein Drittel aller Arbeitslosen älter als 40 sind (jeder Zweite wurde inzwischen zu einem Langzeitarbeitslosen), müssen wir bei allen Stellungnahmen und Aktionen unentwegt die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Arbeitsuchende mit geringer Qualifikation fordern. Arbeitsplätze, die sowohl in unterentwickelten Wirtschaftsbereichen wie dem Obst- und Gemüseanbau oder der Holzindustrie wie auch im Sozial- und Dienstleistungssektor entstehen könnten.
- Eine andere unserer Forderungen muss darin bestehen, dass beim Entstehen neuer Betriebe oder bei Transfers von Unternehmen aus dem Ausland nach Luxemburg nur mehr denn die erforderliche Niederlassungsermächtigung zugestellt werden darf, wenn mindestens 20% des Personals über die ADEM (staatliche Arbeitsmarktverwaltung) eingestellt werden. Dies würde beispielsweise verhindern, dass ausländische Firmen sich nur wegen steuerlicher Vorteile oder niedrigeren Lohnnebenkosten mitsamt Personal in Luxemburg anmelden, das Personal jedoch weiter im Ausland beschäftigt bleibt, wodurch bei der Niederlassung solcher Betriebe nur fiktive Arbeitsplätze in Luxemburg geschaffen werden.
- Eine weitere Forderung unserer Partei besteht darin, dass Betriebe, in denen regelmäßig Überstunden geleistet werden, per Gesetz dazu verpflichtet werden müssen, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen, also dass neue Arbeitsplätze in diesen Betrieben geschaffen werden.
- Eine weitere wichtige Forderung von uns Kommunisten besteht darin, dass es Betrieben, die Gewinne erwirtschaften, gesetzlich untersagt werden muss, Personal aus wirtschaftlichen Gründen zu entlassen.
- Eine weitere wichtige Forderung unserer Partei ist, dass Betriebe, die von Steuerermäßigungen oder sonstigen staatlichen Subventionen profitieren, vom Staat angehalten werden müssen, Arbeitskräfte, die den Betrieb verlassen oder in Pension treten, durch neue Arbeitskräfte zu ersetzen.
- Des Weiteren will ich an unsere Forderung erinnern, die Leiharbeit – was nichts weiter ist als moderne Sklaverei – etappenweise zu verbieten, indem Zeitverträge (CDD) durch unbefristete Arbeitsverträge (CDI) zu ersetzen sind. Der prekären Arbeit muss unbedingt der Kampf angesagt werden.
- Gäbe es ein solches Gesetz bereits, dann wären seit Ausbruch der Krise nicht 50% aller Zeitverträge nicht mehr verlängert worden. Besonders im Industrie- und im Bau-

sektor wurden über diesen Weg zahlreiche Posten abgeschafft, ohne dass dies in irgendeiner Statistik festgehalten wird.

- Weitere Alternativen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, an die wir auch ständig die Gewerkschaften erinnern müssen, sind die Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich sowie eine gesetzliche Regelung, die alle Unternehmen, die von Steuerermäßigungen oder sonstigen staatlichen Begünstigungen profitieren, verpflichten muss, Arbeitskräfte, die in Pension treten oder den Betrieb aus sonstigen Ursachen verlassen, durch neue zu ersetzen.
- Eine weitere Piste, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wäre, das gesetzliche Rentenalter von 65 auf 60 Jahre herabzusetzen, und allen Schaffenden die Möglichkeit zu geben, eine Vollrente im Alter von 57 Jahren schon bei 35 Beitragsjahren (jetzt 40 Jahre) beanspruchen zu dürfen. Auch sollten Überlegungen geführt werden, bei schweren körperlichen Arbeiten die »rente anticipée« (vorgezogene Rente) schon im Alter von 55 Jahren beantragen zu können – jetzt kann man dies im Alter von 57 Jahren, bei 40 Beitragsjahren (effektive Arbeit) tun.
- Die EU fordert jedoch, dass es genau in die andere Richtung geht. Dass länger gearbeitet wird, und die Renten beschnitten werden.

Genossinnen und Genossen,

- Vor Wochen hat unsere Partei eine Kampagne gestartet: »Gegen jeden Sozialabbau – Wir zahlen nicht für eure Krise«. Diese Kampagne, die in den Wahlkampf für die Kommunalwahlen im Oktober 2011 münden wird, besteht aus Informationsständen, - dem Anbringen von Plakaten und Aufklebern, dem Verteilen von Sondernummern und Flugblättern, aus Aktionen vor Betrieben, bei denen wir uns mit Informationen und Forderungen unserer Partei zu Themen wie Arbeitsmarkt, Sozialabbau, Erhalt der Kaufkraft, zunehmende Armut – also alles Themen, von denen die Menschen spürbar betroffen sind – direkt an die Schaffenden wenden wollen. Teil der Kampagne werden auch Aktionen vor den Arbeitsämtern sein, bei denen wir uns direkt an die Arbeitslosen wenden können. Auch sind wir dabei, die Möglichkeit zu untersuchen, spektakuläre Aktionen vor dem Parlament oder anderen staatlichen und kommunalen Institutionen durchzuführen, Die Aktionen sollten spektakulär, und mit wenigen Leuten durchführbar sein. Wichtig ist, dass in der Presse – allen voran in Radio und Fernsehen (RTL) – darüber berichtet wird.
- Seit Januar haben wir bereits einige solcher Aktionen durchgeführt: Gegen die beabsichtigte Schließung einer Brauerei, für den Erhalt der Standorte in der Stahlindustrie,

für den Erhalt des Briefträgerberufs, der Universaldienste und der Postämter, gegen den von Regierung und Patronat beabsichtigten Sozialabbau. Pläne, auf die unser Parteipräsident später näher darauf eingehen wird. Zum Internationalen Frauentag führten die Kommunistischen Frauen eine erfolgreiche Aktion gegen die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt vor einem Betrieb der Mittelindustrie durch, der größtenteils Frauen beschäftigt.

- Bei all unseren Aktivitäten und Aktionen muss prioritär die Arbeiterklasse, also die Menschen in den Betrieben, unsere Hauptzielgruppe sein. Jedoch auch an die Jugend wollen wir uns wenden – zusammen mit dem kommunistischen Jugendverband (JCL). Immerhin ergibt eine offizielle Studie, dass, wenn allein Jugendliche im Alter von 18 bis 24 Jahren an den Parlamentswahlen im Juni des letzten Jahres teilgenommen hätten, die Kommunisten landesweit 4,1% der Stimmen errungen hätten. Also deutlich mehr als Doppelte, was wir in Wirklichkeit an Stimmen erhalten haben.
- Es scheint demnach wieder eine Klientel für kommunistische Ideen zu bestehen, und heranzuwachsen. An diese müssen wir uns wenden, soweit es unsere Kräfte ermöglichen. Es muss uns gelingen, diese Menschen zu erfassen, mit ihnen über die Ursachen der Krise und der Notwendigkeit eines Systemwechsels zu sprechen, sie für den Kampf für Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit zu gewinnen.
- »De Mënsch virum Profit« hieß im letzten Jahr die Losung unserer Partei sowohl beim Parteikongress wie auch bei den Parlamentswahlen.
- Eine Losung, die auch im Mittelpunkt unserer Kampagne stehen wird.

Gilbert Simonelli (KPL)

Das Niederländische System der Altersversorgung, Überblick und aktuelle Entwicklungen

Beitrag der NCPN für die Vier-Parteien-Beratung, 17. und 18. April 2010

(Auf Vorschlag der Genossinnen und Genossen der NCPN wurde der Beitrag nicht verlesen, sondern den Teilnehmenden schriftlich übergeben)

Ein kurzer Überblick über die aktuelle politisch-wirtschaftliche Situation in den Niederlanden, ins Einzelne gehend bei den Entwicklungen der Renten und der Notwendigkeit der Einheit der Linken und des ideologischen Kampfes.

Die derzeitige politische Situation in den Niederlanden ist sehr kompliziert, voller Gegensätze und dadurch zur Verwirrung beitragend. Die meisten politischen Parteien haben kürzlich ihre Wahlprogramme veröffentlicht. Das derzeitige politische Schauspiel wird deshalb von den nahenden Wahlen am 9. Juni dominiert. Alle Parteien schauen auf die Zeit nach den Wahlen. Die kommenden anderthalb Monate geht es all diesen Parteien darum, einen möglichst großen Anhang unter der Wählerschaft zu werben, danach folgt mit Sicherheit eine Periode der Koalitionsunterhandlungen und werden die Karten erst wirklich neu gemischt. Dann wird sich zeigen, dass die Wahlprogramme zu einem großen Teil auf falschen Annahmen basieren. Diese Periode der Ernüchterung beginnt schon am 20. Mai, wenn das Zentrale Planungsamt (CPB) die Programme durchgerechnet hat. Dann wird auch deutlich werden, dass die EU einen viel dickeren Finger im Brei hat, als jetzt erzählt wird. Der Brüsseler Wachstums- und Stabilitätspakt, diktiert vom Großkapital, schreibt den Niederlanden vor, schon 2013 das Haushaltsdefizit unter drei Prozent gebracht zu haben.

In bürgerlichen Kreisen geht man davon aus, dass starke Angriffe auf den Lebensstandard und das Leistungsniveau der arbeitenden Bevölkerung notwendig sind, um das Haushaltsdefizit zu beschränken. Dem zugrunde liegen Analysen, die von notwendigen Sanierungen in den Niederlanden ausgehen, um das Land gestärkt aus der Krise kommen zu lassen.

Ideologische Indoktrinierung

Ein großer Teil der Studien, die von staatlichen Arbeitsgruppen, Forschungsinstituten wie dem CPB und besonders beauftragten Kommissionen abgegeben werden sagen alle dass der Gürtel stärker angezogen werden muss. Gemeinsam müsse die Krise, die zwar bereits ihren Höhepunkt überschritten habe, und die Folgen der Vergreisung angegangen werden. Die Bevölkerung muss sich in ihren Augen auf magere Jahre einstellen. Die einzusparenden Beträge variieren zwar gewaltig, sind aber allesamt gewaltig. Zwischen zehn und zwanzig Milliarden bis 2015.

Eine behördliche Arbeitsgruppe schätzt die Einsparungen und Lastenerhöhungen auf über 35 Milliarden Euro, die Studiengruppe „Begrotingsruimte“ empfiehlt – als ersten Schritt – in den kommenden vier Jahren für 18 Milliarden Euro Maßnahmen zu treffen. Das CPB geht davon aus, dass alles zusammen genommen, 29 Milliarden Euro notwendig sein werden an Einsparungen und Lastenerhöhungen. Einige Wirtschaftswissenschaftler legen noch eine Schippe obendrauf und erwarten, dass das staatliche Defizit auf 65 Milliarden Euro klettern könnte. Andere bagatellisieren die Notwendigkeit großer schneller Eingriffe und verweisen

darauf, dass ein Teil des Defizits bei einem zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung verschwinden wird. Doch insgesamt versucht man die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Sparmaßnahmen um die 30 Milliarden Euro unvermeidlich sein werden..

Bei diesen Maßnahmen wird so getan, als ob wegen der Krise eingeführt würden und deshalb zeitlich befristet seien. Nicht erzählt wird dabei, dass sie in unterschiedlichen EU-Verträgen beschlossen und festgelegt wurden, wie dem Vertrag von Maastricht und der Lissabon-Strategie 2010 (festgelegt 2000). Die neue Initiative , EU2020, ist eine – wegen der Krise modifizierte – Fortsetzung der Lissabon-Strategie. Die neoliberale Linie der Lissabon-Strategie wird in der Strategie von EU2020 durchgezogen.

Die kommenden Jahren werden, mehr und heftiger als wir es in den letzten Jahrzehnten gewohnt waren, im Zeichen der Angriffe auf die Position der Werktätigen und Leistungsbezieher stehen.

Die Auffassungen in bürgerlichen Kreisen unterscheiden sich in der Frage, ob die Folgen der Krise von langer oder kurzer Dauer sein werden, aber auch über die Frage, ob inzwischen wieder eine neue Krise entsteht und wann diese offenbar wird. Je nach Standpunkt empfehlen Parteien, Wirtschaftswissenschaftler und Institute schneller oder zurückhaltender zu sein bei den Sparmaßnahmen. Die bürgerlichen Ökonomen ähneln stets mehr Kaffeesatzlesern, die nur in der Lage, die Entwicklungen im Nachhinein mehr oder weniger richtig einzuschätzen.

Natürlich ist das für Kommunisten nichts Neues. Der Mangel an Planmäßigkeit, der Wettbewerb unter einander, der dem Kapitalismus eigen ist, machen eine ausgewogene Planung nicht möglich und verursachen Krise nach Krise. Die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler in den Niederlanden sind also auch nicht in der Lage Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme zu bieten, die der Kapitalismus aufwirft. Der Kampf zwischen den bürgerlichen Ökonomen, die Meisten an Kapitalgruppen oder Interessenorganisationen verbunden, , spielt sich weltweit und sehr sichtbar innerhalb Europas ab. Das mühselige gemeinsame europäische Auftreten, um die griechische Wirtschaft zu unterstützen, zeigt dies deutlich. Die Gegensätze zwischen den Auffassungen innerhalb des kapitalistischen Lagers sind in diesem Augenblick sehr groß. Hier äußert sich die tiefgreifenden Meinungsunterschiede zwischen den verschiedenen kapitalistischen Interessengruppen..

Folgen der Krise werden auf die Arbeitenden und Leistungsbezieher abgewälzt

Aber über eine Sache ist sich fast das ganze bürgerliche Spektrum in den Niederlanden schon einig. Die Folgen der Krise und der Vergreisung müssen möglichst breit verteilt werden und dürfen nicht oder nur ,möglichst wenig bei den Kapitalisten ankommen, den sogenannten Motoren der wirtschaftlichen Gesundung, den Verursachern der Krise. Nach dieser Argumentation wäre es unverantwortlich die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen von jeden kleinen Kreisen tragen zu lassen. Ideologisch legen die bürgerlichen Parteien den Nachdruck auf das Interesse Aller und die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes, im die Niederlande so gut wie möglich und mit allen zusammen aus der Krise zu holen. Für Kommunisten muss vor allem die Demaskierung dieser ideologischen Märchen eine Hauptaufgabe sein.

So kurz vor den anstehenden Wahlen werden keine seriösen Analysen mehr erwartet. Das ganze Szenario an Vorschlägen soll nur eine möglichst starke Position bei den Wählern erreichen, um möglichst viel Einfluß ausüben zu können auf die neue Regierungskoalition oder daran teilzunehmen.

Die EU als Kontrolleur und erzwingende Macht

Innerhalb der EU wird stets nachdrücklicher eine wirtschaftliche Integration angestrebt. Der Vertrag von Lissabon bietet dafür juristische Möglichkeiten und seit seiner Ratifizierung sehen wir eine verstärkte Tendenz zur Zentralisation, dominiert von den drei wichtigsten Staaten England, Frankreich und Deutschland an der Spitze. Während seiner Rede vor dem Europäischen Parlament (EP) am 7. April 2010 wies Herman van Rompuy, Ständiger Vorsitzender des Europäischen Rates (ER) darauf hin, dass Abmachungen zu einer starken Koordination der Wirtschaftspolitik in Europa getroffen wurden. Der Europäische Rat müsse stärkere Steuerungsbefugnisse erhalten und in der französischen Übersetzung wurde von einem Ausbau zu einer Wirtschaftsregierung für die EU gesprochen. Der ER erhalte auf jeden Fall seine Rolle in der Wirtschaftskoordination und solle beim Aufstellen einer Wachstumsstrategie der EU verstärken. Van Rompuy meldete, dass es von seiner Seite her, keinen Unterschied geben zwischen den beiden Auslegungen. Später ließ er im 'Financieel Dagblad' vermelden, dass schon im Vertrag von Lissabon von einer „Wirtschaftsregierung“ gesprochen wird. . Kurzum, die Tendenz zu einer weitgehenden Zentralisierung der Macht und Kontrolle über die wirtschaftlichen Entwicklungen ist sehr deutlich.

Die nationalen Pläne im Rahmen der EU2020-Strategie werden viele Zwangsmaßnahmen kenne. Wichtig dabei ist, dass die EU für die Niederlande die Wiederaufnahme der Maas-

tricht-Normen für 2013 ansteuert. Griechenland scheint ein Testfall zu sein, um zu sehen, wie weit die europäische Zentralmacht die nationale Souveränität ausschalten kann.

Die Linke in den Niederlanden ist stark gespalten, zu sehr gerichtet auf parlamentarische Lösungen und zu schwach, um erfolgreich für die Interessen der Arbeitenden und Leistungsbezieher einzutreten

Wegen des politisch notwendig gewordenen Wechsels an der Spitze der PvdA, dem progressiveren Sprachgebrauch, dem Wahlkampf um die Person des Spitzenkandidaten, klettern die Sozialdemokraten in den Niederlanden wieder aus dem tiefen Tal hervor, in dem sie gelandet waren. Das Programm der SP ist auf dem Papier zwar das linkeste, aber in großem Maße haushaltspolitisch unrealistisch und sorgt deswegen für Illusionen und Verwirrung in Kreisen fortschrittlicher Menschen. Außerdem verbindet die SP keine Mobilisierung der Niederländischen Bevölkerung mit ihren Plänen. Auch diese Partei kämpft, den Umfragen zufolge, mit einem gewaltigen Verlust an Wählern und versucht diese mit einem „linken“ Programm zurück zu gewinnen. PvdA und SP gelten, wie auch GroenLinks als linke Parteien, setzen sich aber wie alle anderen Parteien für die Profilierung der eigenen Partei ein. Von Versuchen um zu einer Einheitsfront zu kommen, kann nicht die Rede sein. Dafür ist in den Niederlanden deutlich noch zu früh. Der Mangel an Einheitswillen bei der Linken, ihre schwache politische Position und reformistische Ideologie bilden das größte Hindernis für den Widerstand gegen die Fortsetzung der neoliberalen Politik oder gar den Widerstand in eine höhere Gangart zu bringen.

Der Parlamentarismus innerhalb der linken Parteien GroenLinks, SP und PvdA, der sich auch zeigt im Vernachlässigen der Machtbildung an der Basis, in Wohngebieten und Betrieben, hat auch in der Wahlpolitik negative Auswirkungen auf die Linke.

Diese Entwicklung hat ihre Auswirkungen auch in der Gewerkschaftsbewegung. Dasselbe politische Zögern und reformistische Standpunkte haben die Gewerkschaften in den Niederlanden ernsthaft geschwächt. Die defensive und konservative Haltung der Gewerkschaften ist jedoch fatal für den notwendigen Widerstand. Es fehlt den Spitzen der Gewerkschaften derzeit am Willen, die Führung des notwendigen Widerstandes zu übernehmen. Das ist gerade jetzt besonders schädlich, da sich an der Gewerkschaftsbasis verschiedenen Widerstandsformen zu entwickeln beginnen. Gut zu sehen ist das bei Versuchen zu neuen zentralen Arbeitsabsprachen zu kommen. Die Zahl der Aktionen, Arbeitsunterbrechungen und Streiks nimmt zu, einige dauern schon seit einiger Zeit an.

Gewerkschaften und europäische Entwicklungen

Der EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund), in dem die Föderation Niederländischer Gewerkschaften (FNV) Mitglied ist, stellte Ende 2009 bei der Präsentation der ersten Version der neuen EU-Strategie „EU2020“ (zwischenzeitlich ist eine überarbeitete Fassung im Umlauf) enttäuscht fest, dass die Lissabon-Strategie schon seit 2005 zu sehr nur auf die wirtschaftlichen Aspekte gerichtet war und ungenügend mit sozialen und Umweltdimensionen Rechnung getragen hatte. Hiermit konnte der EGB etwas Abstand nehmen von der starken Unterstützung, die er von Anfang an der Lissabon-Strategie gegeben hatte. Der EGB bemerkte, dass viele Menschen in der EU, darunter viele Arbeitende, die Europäische Union jetzt als Marktunion sehen, nicht als soziale Union. Diese neue Einsicht des EGB ist ein Schritt vorwärts, aber noch lange nicht kämpferisch genug, um erfolgreich zu sein.

Klassenzusammenarbeit und -frieden

Die Gewerkschaften spielen eine schädliche Rolle, indem sie tatsächlich dem Gedanken Inhalt geben, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsame Interessen haben, die eine soziale Partnerschaft rechtfertigen. Der EGB, dabei vollständig unterstützt von der FNV, hat jahrelang offiziell an Besprechungen mit der EU und den anderen imperialistischen Organisationen teilgenommen. Er arbeitet Pläne aus und beschloß zusammen mit den Monopolen wie die – für die Bevölkerung sehr schädlichen – Maßnahmen, „zur Verbesserung des wirtschaftlichen Klimas“ ausgeführt werden konnten. Diese Klassenzusammenarbeit wurde von allerlei sozialdemokratischen Einrichtungen, wie der „Friedrich-Ebert-Stiftung“ völlig unterstützt, die die Gewerkschaften manipulieren, um die Linie des gesellschaftlichen Konsens zu unterstützen.

Sie taten alles daran, um die Gewerkschaften so weit wie möglich zu schwächen und damit die Rechte der Arbeitenden zu schädigen. Jahrelang unterschrieben die Gewerkschaftsführungen zusammen mit den Kapitalisten, Abmachungen zur Verringerung der Löhne und Pensionen, Abbau von Kündigungsschutz und Steuervorteilen für das Kapital. Sie verbreiteten Illusionen über die Möglichkeit eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, über die Möglichkeit des Regulierens und Kontrollierens der Märkte und der Möglichkeit, Spekulationen angehen zu können, während genau dies das Kennzeichen und die Basis des kapitalistischen Ausbeutungssystems ist.

Sie unterstützten das Profitstreben der Arbeitgeber und die Stärkung der Unternehmerschaft als Heilmittel für Fortschritt und Besserung.

Dieser Typus Gewerkschaftsführung will den Widerstand der Arbeitnehmer nicht kräftig organisieren. Sie streben die Fortsetzung der Klassenzusammenarbeit in den Rängen der Arbeitenden an. Sie sind stolz auf ihre Zusammenarbeit mit den Mächtigen. Sie erachten es als möglich, Schritt für Schritt zur Verbesserung der Stellung der Arbeitenden und Leistungsbezieher zu kommen. Doch mit ihren Auffassungen über die Notwendigkeit des Klassenfriedens verbreiten sie Illusionen und desorientieren deshalb die Menschen. Faktisch unterstützen sie die Interessen des Großkapitals. Aber das Kapital ist jetzt in ernsthaften Problemen, weswegen für die Arbeitnehmer nur noch Krümel übrig bleiben. Diese reformistische Politik wird deshalb im Gegensatz zur vergangenen Periode nichts mehr bringen. Jetzt bedarf es einer kämpferischen Gewerkschaft, um Verschlechterungen zu bekämpfen und Verbesserungen zu erzwingen. Das Gefecht für eine kämpferische Gewerkschaft erhebt in den Niederlanden zögernd sein Haupt.

Rentenabbau und gemäßigter Kampf gegen Erhöhung des Renteneintrittsalters

Das niederländische Rentensystem ist einzigartig in Europa¹. Mehr als 600 Milliarden Euro sind in kollektiven Pensionsfonds angelegt, verwaltet von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Rind neun Millionen arbeitende und pensionierte Niederländer sind an diesen Fonds beteiligt. In den Niederlanden sind Menschen über 76 nicht von der Bereitschaft zukünftiger Generationen abhängig, um ein ordentliches Einkommen nach ihrer Pensionierung zu erhalten. Sie haben selbst dafür gespart.

Wir reden hier vom „zweiten Pfeiler“. Der erste ist das Allgemeine Altersgesetz (AOW). Diese Sozialleistung wird bis jetzt an alle heutigen Steuerzahler gezahlt und macht ungefähr die Hälfte der heutigen Einkommen der über 65jährigen aus.

Diese Mischform: die Basiszahlung nach 65 Jahren wird umschlägig finanziert (die heutigen Werkstätigen zahlen für die heutigen Rentner) und die ergänzenden Leistung ist kapitalgedeckt (Arbeitenden sparen für ihre eigene Altersvorsorge), machen das niederländische System einzigartig und nach niederländischer Auffassung auch konjunktur- und demographiebeständig.

Staaten, die ihre Altersrenten nur über Steuern finanzieren müssen, geraten gegebenenfalls in große Probleme: riesige Steuererhöhungen, überzogene Berufung auf die Solidarität, besonders in Zeiten der Vergreisung. Die niederländischen Pensionsfonds werden Probleme bekommen, wenn die obengenannten Länder ihre Probleme lösen, indem sie die Inflation

steigen lassen. Denn bei einer hohen europäischen Inflation müssen die niederländischen Anlagen der Pensionsfonds schon sehr viel Gewinn abwerfen, um ihre wertfesten Versprechungen zu erfüllen...

Regierung und Arbeitgeber nutzen dies, im den Pensionsfonds die Daumenschrauben anzulegen. Ihnen zufolge sieht die Zukunft düster aus: die Pensionsprämien würden untragbar hoch, die Pensionsgarantien müssten abgesenkt werden, die Sicherheit, dass man später etwas erhält müsse durch Unsicherheit ersetzt werden. Im Tausch dafür erhält man vom Minister für Soziales das „Recht“, um nach dem 65. Lebensjahr weiter zu arbeiten, um über einige Jahre zusätzlicher Arbeit doch noch zu einer ordentlichen Rente zu kommen. Die Arbeitgebervereinigung AWWN sagt: „Wir dürfen den Augenblick für eine nüchterne Ausstattung der Regelung und der Senkung der Prämie nicht verpassen.“ Logisch.

System steht unter Druck

Europa vergreist, weniger junge Leute (wenn sie schon Arbeit haben) müssen mehr Renten von Älteren bezahlen. Bei der AOW kann das zu einem Problem werden. Dich bei den ergänzenden Pensionen nicht. Denn dafür wurden kostendeckende Prämien gezahlt. Es sei denn, dass diese Prämien sich als nicht mehr kostendeckend erweisen.

Die niederländischen Pensionsfonds haben eine Durchschnittsprämie. Jeder Arbeitgeber zahlt für jeden Arbeitnehmer den gleichen Prozentsatz. Doch die Prämienzahlungen eines jungen Arbeitnehmers werfen noch 40 bis 60 Jahre Gewinne ab, von einem älteren jedoch nur noch 5 bis 20 Jahre und sind deswegen besonders anfällig für Schwankungen an der Börse. Wenn es mehr Ältere und wenige Jüngere gibt, kann das zusätzliche Probleme mit sich bringen. Die Prämie kann auch zu niedrig sein, weil mit zu optimistischen Steuereinnahmen gerechnet wird. Oder zu hohen Zinsen. Der Staat macht die Regeln dafür strenger. Weniger Anlagerisiken nehmen, Abrechnen an Tageskursen.

Kreditkrise als Katalysator für Agenda der Arbeitgeber

Die Kreditkrise sorgte für sinkende Aktienkurse und sinkende Zinsen mit einem niedrigeren Deckungsgrad für Pensionsfonds als Folge. Verstärkt durch die strengen Regeln der Supervisoren. Um die Pensionsgarantien aufrecht zu erhalten, hätten deshalb die Pensionsprämien steigen müssen. Warum geschah das nicht?

Natürlich wegen der Krise. Die Arbeitgeber klagten sie hätten in Krisenzeiten kein Geld für höhere Prämien. Also beschlossen Regierung und Arbeitgeber: das heutige System ist unhaltbar. Die Prämien können in Krisenzeiten nicht erhöht werden, denn das erhöht auch die Lohnkosten. Daher müssen die Pensionsgarantien abgesenkt werden. Beschneidung der Rechte oder Nichtanpassung an die Inflationsrate. Letzteres wird oft angewendet. Und vor allem wird der Nachdruck darauf gelegt, dass eine Teilnahme an der Pensionsregelung vor allem bedeutet: die Prämienzahlungen bleiben sicher, die Höhe der Pensionseinkünfte unsicher.

Die Krise bringt den Staat in finanzielle Probleme. Die längere Lebenserwartung verstärkt diese. Schließlich müssen länger Altersrenten gezahlt werden. Die notwendigen Prämien erhöhungen für die Pensionen im öffentlichen Dienst tragen ebenfalls ordentlich zu den größer werdenden Haushaltslöchern bei. Wenn nicht erhöht wird, führt dies zu weniger Problemen bei Arbeitgebern und Staat.

Man fand eine Lösung: das Renteneintrittsalter für die AOW wird von 65 auf 67 Jahre erhöht. Denn jeder wird älter. Wird aber jeder auch gesund älter? Bis jetzt war es schön, älter zu werden, dann konnte man länger von seinen alten Tagen genießen. Oder anders gesagt: wir finanzieren das Älterwerden aus der Steigerung des Wohlstands. Eine etwas höhere AOW-Prämie, eine etwas niedrigere Pensionsprämie. Denn die sank ständig trotz der Vergreisung. Pensionsfonds legen stets mehr in Aktien an. Langfristig brachte das mehr Geld auf.

Der Widerstand gegen der Gewerkschaftsführung gegen ein höheres Renteneintrittsalter ist zurückhaltend. Aufrufe zum Widerstand gibt es nicht, noch weniger wird ein solcher organisiert. Von der Basis her wird ein starker Druck ausgeübt, doch der wird immer öfter von Gewerkschaftsführungen abgeschwächt, die mit der Tatsache konfrontiert werden, dass sie, wie auch immer, Verschlechterungen durchführen müssen. Diesen reformistischen Pensionsfondsverwalter der Gewerkschaften ist es lästig, ihre Mitglieder Prämien erhöhungen zahlen zu lassen, aber auch die Pensionsregelungen zu verschlechtern. Prämien erhöhungen mit Lohnerhöhungen zu kompensieren gehört in diesen Kreisen nicht zu den Möglichkeiten. Das Risiko ist deshalb, dass sie sich der Regierungshaltung beugen: AOW langsam auf 67 Jahre erhöhen, dann auch ergänzende Pensionen langsam auf 67 anziehen, Sodas die Pensionsprämie nicht erhöht werden muss und der Platz, der dann entsteht, sie zu senken, benutzt werden kann, um die finanzielle Position der Pensionsfonds zu stärken. Doch so stecken die Arbeitgeber wohl Milliarden in ihre Tasche. Sie brauchen schließlich bei Erhalt des Renteneintrittsalters die notwendigen zusätzlichen Prämien nicht zu bezahlen.

Die Haltung der Regierung bezüglich der Pensionsregelungen droht sich in die Richtung zu entwickeln: die Pensionen abspecken, erst die im öffentlichen Dienst, dann im Gesundheits- und Sozialwesen und schließlich für alle anderen, Sodas die Prämien nicht erhöht werden müssen und der Haushalt geschlossen wird, die Lohnkosten nicht steigen und die Exportposition verbessert wird.

Reaktion der Gewerkschaften

Die reformistischen Gewerkschaftsführungen reagieren also nachgiebig. Der alte Ausgangspunkt: „Länger leben, also längere Pensionszahlungen, bezahlt aus der Wohlstandssteigerung“ wird ersetzt durch: durchschnittlich 20 Jahre Pension reicht aus. Wenn die Lebenserwartung also steigt, steigt das Renteneintrittsalter immer mit. Das wird dann nett verkauft: Man darf mit 65 in Rente gehen, doch wenn die Lebenserwartung steigt, sinkt die Pension ab dem 65 Lebensjahr entsprechend. Denn sie muss über einen längeren Zeitraum ausgeschmiedet werden. Doch sei beruhigt, wir geben Dir das Recht, nach dem 65. weiterzuarbeiten, Sodas Du, wenn Du z. B. mit 68 aufhörst, doch wieder eine ordentliche AOW mit ergänzender Pension hast. Ab 68 allerdings.

Das ist eine grundsätzliche Kursänderung der Gewerkschaften. „Schluss mit 65“ wird ersetzt durch „20 Jahre vor dem berechneten Verfallsdatum mit arbeiten aufhören“. Und die gesenkte Lohnerhöhung fällt wegen der abgeminderten Pensionsprämiensteigerung zu Gunsten der Arbeitgeber aus. Die FNV schlägt diese Systematik sowohl für die AOW als auch für die ergänzenden Pensionen vor. Verkaufbar als: „Es ist doch kein Abspecken Deiner Rechte, Du behältst doch 20 Jahre Recht auf Deine Pension?“

Hat die Pensionsprämie eine natürliche Höchstgrenze?

Es trifft zu, dass längeres Leben mehr Pension benötigt und eine höhere Prämie verlangt. Doch die heutige Prämie ist noch immer wesentlich niedriger als beim Start z. B. der beiden großen Pensionsfonds ABP und PGGM zu Beginn der siebziger Jahre. Damals betrug die Prämie 24 bis 26 Prozent des Einkommens, arbeitete man 42 Stunden, ging in Rente mit 65 Jahren (ohne Frühverrentung), lebte man kürzer und war der AOW-Rabatt auf der Grundlage der Haushaltsvorstand-AOW.

Die Pensionsprämien derzeit nicht sehr hoch. Ob die Prämie zu hoch ist, hängt vor allem von der Frage ab: erhält man für eine ordentliche Prämie eine ordentliche Pensionsgarantie oder gibt es für eine ordentliche Prämie eine wertlose Garantie? Der Auftrag an Gewerkschaften,

Arbeitgeber und Verwaltungsräte der Pensionsfonds besteht darin, diese Frage deutlich zu beantworten. Nur bei einer ordentlich indizierten Pensionsgarantie besteht eine mögliche Akzeptanz für eine ordentliche Prämie. Nur dann gibt es die Garantie auf den Erhalt der kollektiven, solidarischen und effizient geregelten Pensionen.

Die Verwirrung in den Gewerkschaftsführungen über den Kurs und das fortwährende Aushöhlen der Pläne für den Widerstand gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters führen zu starken Frustrationen an der Gewerkschaftsbasis unter aktiven Mitgliedern. Die Diskussionen werden inzwischen außerdem überschattet durch die Sparvorschläge, die gemacht werden, um das Haushaltsbuch zu beseitigen. Deshalb kann noch nicht von einem stärkeren Angriffsplan gesprochen werden. Die Unruhe unter den FNV-Mitgliedern nimmt zu. Verschiedene Aktionen finden statt, um die Gewerkschaften wieder kämpferischer zu machen, doch die Undeutlichkeiten und die Verwirrung sind zur Zeit noch zu groß für eine massenhafte gemeinsame Antwort. Wohl steht fest, dass der Kampf um die Pensionen ein wichtiger Bestandteil des kommenden Widerstandes sein wird.

Ideologischer Kampf

„Financieel Dagblad“ gibt die Chefredaktion am 10. April 2010 bekannt, dass diese Zeitung sich nicht für eine der Parteien ausspricht. Wohl ist die Zeitung als Sprachrohr der wichtigsten Kapitalgruppen „für die offene und freie Marktwirtschaft mit einem deutlichen Platz für den Staat, der, wo nötig wachsam, wo möglich kooperativ und im Prinzip zurückhaltend ist. Die Zeitung ist auch für eine Politik, die weiter schaut als die nationalen Grenzen, die nächsten Wahlen oder **die Sorge des Durchschnitts-Niederländers.**“ Diese Sorglosigkeit ist in den Niederlanden völlig begreiflich. Keine einzige Partei im Parlament stellt sich gegen diese Ausgangspunkte, die außerdem völlig in die Ausgangspunkte des Lissabonner Vertrags passen. Die kommenden Jahre werden im Zeichen eines unversöhnlichen Gegenangriffs auf die Versuche des Kapitals stehen müssen, die Bevölkerungen für die Akzeptanz gewaltiger Sparmaßnahmen reif zu machen.

Jede Strategie der Arbeiterklasse, die nicht von der Notwendigkeit eines anderen Gesellschaftssystems ausgeht, die wie auch immer versucht, innerhalb des kapitalistischen Systems Lösungen vorzuschlagen oder anzustreben, stiftet Verwirrung und ist deshalb dazu verurteilt zu scheitern. Alle Versuche, den Kapitalismus zu verbessern oder menschlicher zu machen, sind unrealistisch und unerreichbar. Vor allem jetzt, wo der Kapitalismus in einen gewaltigen Überlebenskampf verwickelt ist. Der Kampf für den Erhalt und womöglich die Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung muss einher gehen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft, in der planmäßig an der Verbesserung der Lage der Bevölkerung

und Wettbewerb und Profitmaximierung auf die Verbesserung der Lage der gesamten Bevölkerung gerichtet sind und nicht nur auf einen kleinen Teil: die Reichen, Besitzer und Spekulanten.

Das niederländische System unterscheidet sich ziemlich von dem anderer Länder. Gewaltige Sparlust für „später“ mit kapitalgedeckten Pensionrechten findet man fast nirgendwo. Anfangs wurde einfach das Geld gehütet und in staatlichen Anleihen angelegt. Später änderte sich das, als die Pensionsfonds entdeckten, dass Aktien mehr einbrachten als Staatsanleihen.

Hierdurch konnten die Prämien abgesenkt werden und die Frühverrentungsregelungen finanziert werden. Die Finanzkrise zeigte die Verletzbarkeit der Fonds. Die Niederländische

Bank zwang die Fonds, Maßnahmen zu ergreifen. Diese sind vor allem: Aussetzen der Indexierung und Prämienerrhöhung. Strategisch gesehen sind dies – sicherlich in ihrer Kombination – schlechte Maßnahmen für die Akzeptanz der kollektiv verpflichtenden Pensionsregelungen. Mehr zahlen für erwiesene unsichere Pensionen. .

Die Arbeitgeber nutzen das aus, vor allem in Richtung der jüngeren Arbeitnehmer. Sie versuchen die Prämienerrhöhungen zu umgehen und die Regelungen abzuspecken. Das führt zu einer abwärts führenden Spirale mit dem Risiko des Loslassens der kollektiven Regelungen und einer teuren und unsolidarischen Kommerzialisierung und Individualisierung. Einige Arbeitgeber glauben jetzt, dass sie ihren Kampf um das Renteneintrittsalter gewonnen haben und jetzt auch den Aufbau der ergänzenden Pensionen einschränken können und die Kosten der Pensionen um mehr als 10 Prozent absenken können.

Beitrag der PTB / PvdA Belgiens

Die Krise, die Sparmaßnahmen und die Keime der Wende

1. Wir befinden uns in einer Systemkrise. Einer Krise des Kapitalismus, wo alle Gegensätze sich häufen. Sie ist vergleichbar mit der Krise der Jahre 1930, sie ist globaler und sie ist gleich aussichtslos. (...)

2. Weltweit wächst der Widerstand : der Ausstand und der Kampf bei AB Inbev, Alken Maes, Janssen Pharmaceutica, die Marsch für Arbeit (35.000 Teilnehmer), die Frauenweltmarsch, die neue Bewegung der ‚Weisse Wut‘, die Aktionen bei Carrefour. Einmal die Menschen die eigene Kraft wieder entdecken und dem Volke Vertrauen leisten, sind sie zu großen Sachen im Stande. Sie werden mit genauere Fragen nach einer kohärenten Erklärung und konkreten Lösungen und nach einer konsequenten Partei, die die Arbeitnehmerinteressen vertritt, kommen.

3. An der Basis liegt die Krise der Überproduktion, die die Bourgeoisie auf aggressiver neoliberalen Weise heranging. Die finanzielle Märkte wurden liberalisiert.

4. Die finanzielle Krise wurde mit dem größten Geldbetrag in der Geschichte der Menschheit in Schranken gehalten : 2000 Milliarden US-Dollar der Staaten. Die Banken wurden gerettet, denn sie waren ‚too big to fail‘. Jetzt spekulieren sie mit dem Geld der Staaten, das sie gerettet hat, gegen diese Staaten.

6. Wir gehen daher nach einer Krise der Staaten (der Staatshaushaltspläne). Alle Mühe, die die arbeitende Bevölkerung sich für die Maastrichtvorschriften gegeben hat, sind mit einem Schlag verschwunden. Griechenland, Irland und Spanien zählen eine Haushaltslücke von mehr als 10 Prozent des BBP. Die USA 10 %, Frankreich 8,3 %, Portugal 8% und Belgien 6%.

Das Geld ist an den Banken gegeben worden und es bleibt fast nichts mehr übrig für eine keynesianische Politik. In Europa geht durchschnittlich nur 1% des BBP in Rettungspläne (Deutschland 1,5%, die Niederlande 1%, Frankreich 0,9%, Belgien 0,4%). In den USA ist es 2%, während China 7,1% seines BBP in einen Rettungsplan investiert.

Der Kapitalismus in der EU weiß nichts anderes zu bedenken als die Maastrichtnormen (das Stabilitätspakt) und er serviert die völlig gescheiterte Lissabonner Konkurrenzstrategie aufs neue, unter den Namen „Europa 2020“. Die ist dann gleich der Einsatz des Europäischen Gipfeltreffen dieses Frühjahrs in Brüssel und der Belgischen Vorsitz der zweiten Jahreshälfte. Die Europäischen Konservative, Liberale, die Nationalisten, Sozialdemokratie und Grüne sind darüber einverstanden. Überall stehen Sparpläne bereit, die sehr viel schmerzen werden. Es ist eine Offensive „ohne Tabus“.

In unser Land hat die Regierung die schwere Sparmaßnahmen hinausgezögert in Erwartung einer Wiedererwachen der Wirtschaft. Diese kommt schließlich doch nicht und jetzt wartet uns ein drastischer Rettungsplan von mehr als 9 Milliarden Euro um der Fehlbetrag der Etat in 2012 bis zu 3% des BBP zurück zu bringen, so wie es die Europäische Kommission auferlegt. Im ganzen gibt es ein Defizit von mehr als 18 Milliarden Euro zu begleichen.

Die Situation in Griechenland (und Spanien, Irland, Portugal) führt zu eine erste Krise der Eurozone selbst. Die Gegensätze in der EU wachsen: zwischen Deutschland mit seiner relativ stärkeren Wirtschaft und den Mittelmeerländern, den Ländern in Ost-Europa und den Baltischen Staaten, die zum schwersten von der Krise betroffen sind. Es wachsen auch die Gegensätze zwischen der EU und der USA.

6. Der doppelten Angriff der nächsten Jahre, mit einer neuen Welle von Restrukturierungen (dessen Carrefour nur der Vorbote ist) und mit zu gleicher Zeit drastischer Sparmaßnahmen, wird zu *einer wachsenden soziale Krise* leiten.

Heute werden die Folgen der Krise noch immer am Schwersten von denjenigen gefühlt, die von sozialen Bezahlungen leben: Rentner, Arbeitslosen, Kranken ... Die Armut ist auch in unserem Land hauptsächlich in dieser Kategorie zu finden. Diese Leute werden es noch schwerer haben und sie werden zahlreicher werden. Neue Organisationsformen sind nötig um diese wachsende Gruppe ausgeschlossene in den Kampf der arbeitenden Bevölkerung ein zu beziehen. In der folgenden Phase werden aber auch mehr aktive Menschen die Krise scharfer am eigenen Leib erfahren. Mit absinkenden Lohn- und Arbeitsbedingungen und auch mit finanziellen Schwierigkeiten. Die Geiste werden schon auf die Situation vorbereitet: "Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wird die künftige Generation es schlechter haben als die heutige Generation."

7. Das alles führt auch zu *einer Krise der internationalen Beziehungen*. (...)

Es gibt wachsende Spannungen

a) Zwischen der USA und China (...)

b) Zwischen der USA und der Rest der Welt (...)

8. Die Wirtschaftskrise, die finanzielle Krise, die Krise der Staaten, die soziale Krise und die Krise der Internationalen Beziehungen führen auch zu *einer demokratischen Krise*. In den

USA hat Wall Street dem Kongreß zur Seite geschoben um die Wirtschaftspolitik zu bestimmen. Die finanziell-industrielle Elite diktiert die politische Orientierung. Sie fordert "eine richtige Führerschaft", sie ruft nach "starke Regierungen "(Vollmachtsregierungen). Hier spricht die Angst für den Volkswiderstand. Die Elite befürchtet vielen neuen Protest weil vielen Menschen die soziale Verunsicherung erwartet. Zur Zurückhaltung dieses Widerstands wird das Repressions- und Kontrolarsenal drastisch vergrößert und verallgemeinert bis zu einem riesenartigen ‚Big Brother‘. Die Kriminalisierung dieses Widerstands kommt in einer Beschleunigung an. Denken Sie nur an den Strafgebühr, die Entlassungen der Gewerkschaftsvertrauensleute bei FIAT, die Intimidation bei Procter & Gamble, die ‚Bim- und Bomgesetze,‘ die der Polizei und die Staatssicherheit mehr Ellbogenfreiheit und Macht geben, und so weiter.

9. Die kapitalistische Produktionsweise hat uns nicht nur in die Überproduktionskrise geführt, sie ist auch Schuld an der *Klimakrise*. Die Produktionsweise muß ganz in einer kohlenstoffarme Produktion umgewandelt werden. Selbst die Minimalziele des Gipfeltreffens in Kopenhagen sind erbärmlich gescheitert. Die Umwälzung kann es nur geben in einer langfristigen drastischen und geplanten Operation. (...)

Nein, ein nachhaltiges Ergebnis kann nicht marktkonform erzielt werden.

10. (...) Joseph Stiglitz, der einmal als Wirtschaftschef bei der Weltbank gekündigt hat : " (..) Nach dem Mauerfall haben die kommunistischen Länder in Ost-Europa Karl Marx für Milton Friedman ausgetauscht. Die neue Religion brachte ihnen keinen Heil. Viele Länder können daraus nicht nur schließen daß der ganz freie Amerikanisch inspirierte Kapitalismus versagt hat, aber auch daß der Konzept selbst der Marktwirtschaft nicht stimmt."

Achtzehn Milliarden Einsparungen, ,die Millonärssteuer und der Beginn der Wende

11. Viele hatten erwartet, daß die Regierung schon mit dem Haushaltsplan 2010 drastische Einsparungen vornehmen würde. Dieser heiße Kartoffel wurde jedoch verschoben und das Defizit von 25 Milliarden wurde auf 18 Milliarden verringert. Alle Parteien sind sich jetzt einig, ein *drastisches Kürzungsplan vor zu nehmen*, das schwerer sein wird als das St.-Annaplan (1986) und der Globale Plan (1993-1996) zusammen. Das hat (vormaliger Arbeitsminister) Frank Vandenbroucke (sp.a) noch einmal hervorgehoben, so wie der Chef des Planbüros und der Gutachten der ‚Nationalen Bank‘. Für ein Gleichgewicht im Haushalt im Jahr 2010 (so wie es die EU fordert) sind 18 Milliarden Euro Einsparungen nötig. (...) Ein ungeheuerlicher Zahl.

Das heißt : drastische Kürzungen in den öffentlichen Diensten, in den Renten, in der Krankenversicherung, in den Arbeitslosenzuweisungen, in der Bildung...

12. Das Kürzungsplan kommt neben *der neuen Welle Kündigungen*. Voriges Jahr wurden 65.000 Menschen entlassen und dieses Jahr sagt der Planbüros 60.000 neue Kündigungen voraus.

13. (...) Wir können nicht anderes als feststellen, daß die Sozialdemokraten wieder in diese liberale Kürzungsstrategie steigen werden. Genau wie ihre Kollegen in Griechenland und Spanien.

(...) Die Sozialministerin Laurette Onkelinx (PS) sagt : "Ich habe mich bereit erklärt das Haushaltsdefizit bis 2012 auf 3% zurück zu bringen... Wir müssen wirkungsvoller vorführen." Sie schlägt ein großes '*Sociaal Pact*' (*Sozialpakt*) vor. Ein 'deal' zur Senkung der 'indirekte Lohn' (der Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherung) von 66% auf 50%. Das ist ein Geschenk an den Arbeitgebern von 10 Milliarden Euro pro Jahr. Seit 1993 fielen die (Arbeitgeber)sozialbeiträge schon mit mehr als 7 Milliarden Euro.

Die Menschen machen diese Lücke auf zwei Weisen wett : sie bekommen weniger soziale Leistungen und sie bezahlen indirekte Steuer.

14 (..)

15. Als erstes Dossier wird die Regierung ein 'Generatiepact bis' (ein zweites Generationenpakt) aufstellen, eine *Erneuerung der Rentensystem*. Minister Daerden der 'Parti Socialiste' hat letztlich sein *Weißbuch* geschrieben.

16. Neben der Rentenerneuerung wird möglich weiter in *vier Bereichen* gekürzt werden :

a) Der Angriff auf den Statut der Angestellten : die Durchführung der vorübergehenden Kurzarbeit sowie des Flexicuritymodells. Das heißt : die Kündigungsfrist verkürzen. Die Verhandlungen sind von März bis Dezember 2010 geplant.

b) Die interprofessionelle Übereinstimmung. Die wird möglich einen neuen Lohnstopp beinhalten, im Austausch für die schon seit Jahren versprochene Bindung der sozialen Gehälter am Wohlstand. Oder, sowie Frank Vandenbroucke (SP.A) vorschlägt, im Austausch für eine zusätzliche Rente im sog. Zweiten Pfeiler.

c) Der Angriff auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, durch Schwindel mit paritätischen Komitees, oder (wie bei Carrefour) durch Erpressung.

d) Der Angriff auf die Beamte und auf die öffentlichen Dienste.

17. Gegenüber die neue asoziale Kürzungswelle steht die *1,2,3 Alternative* die die PTB/PVDA/PAB seit September 2009 vorschlägt/propagiert : 1 Milliarde Euro als Ergebnis einer Krisensteuer auf den Banken; 2 Milliarden Euro durch die Annullierung der sog. ‚notionellen Zinsen‘; 3 Milliarden Euro durch die Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Für die PTB/PVDA/PAB bleibt die Hauptsache ein wirklicher *sozialer Notplan* mit als Eckpfeiler die Millionärssteuer, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Refinanzierung der sozialen Sicherheit.

Die zentrale Frage wird in der kommenden Periode auf jeden Fall lauten : wer bezahlt die Krise? Es gibt wirklich keine drei Alternative. Es ist: entweder die Arbeitende Bevölkerung, oder die Millionäre.

Und die Millionärssteuer beinhaltet einen realen Plan, damit die Reichen die Krise bezahlen. Sie erzeugt mehr als 8 Milliarden Euro und dieses Geld ist unentbehrlich. Sie macht klar was wirkungsvolle Maßnahmen gegen das Großkapital sind, und was die halb gebacken symbolische Maßnahmen sind die nur als Blitzableiter vor die asoziale Kürzungen dienen.

18. *Die Möglichkeiten für die Millionärssteuer sind groß.* Es gibt jetzt 10.417 Fans (Bewunderer, Liebhaber, Förderer) von dieser Steuer. 5.015 dieser Liebhaber wurden durch militante Arbeit erreicht, die Andere über das Web. Gewerkschaftsfunktionäre und Meinungsmacher(?) (opiniemakers) gaben ein Videoquote zur Unterstützung : Karel Stessens, Ferre Wyckmans, An Nelissen, Dirk Tuypens, Axl Peleman, Eric Goeman... Die Kampagne öffnet den Horizont und gibt Dynamik. Die Zeit, die bevorsteht, wird schwierig sein. Es ist aber nicht nützlich, darüber zu jammern und zu klagen. Es ist wichtig, um genau *die Keimen der Wende* zu entdecken, wie winzig auch. Die Arbeitnehmer von Bayer und AB InBev wußten in gemeinsamer Gewerkschaftsfront große gewinnbringenden multinationalen Unternehmen vorläufig zurück zu dringen. Und der Widerstand bei Opel ist trotz zehn zeremonieller Begräbnisse in den Medien noch immer nicht tot. Unser Land kennt eine reichliche soziale Geschichte, die bald beim Feiern von 100 Jahre 1. Mai als ‘Tag der Arbeit’, als Kampftag der Welt der Arbeit ins Licht gestellt wird. Wenn wir die Tradition der sozialen Kampf aus unserer eigenen sozialen Geschichte mit dem Potential vom auch heute noch bestehendem Widerstand verbinden können, wird noch recht viel möglich sein. Dann hat die arbeitende Bevölkerung wieder “eine Welt zu gewinnen”.

(Die Übersetzung einer Resolution der PTB/PvdA wurde von den belgischen Genossen gekürzt)

Nur mündlich vorgetragen wurden:

Ein Bericht zur Situation bei der staatlichen Bahn in Luxemburg, wo Regierung und Patronat schon erheblich die Dienstleistungen für die Reisenden einschränkten. Massive Eingriffe in den Status vor allem neuer Beschäftigter vornahmen und die Privatisierung anstreben.

Ein Bericht über die belgische Post, zu der grundsätzlich das oben geschriebene auch paßt sowie Berichte über Gegenwehr der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und der Anteil der PVDA / PTB daran.

Ein Bericht über die Situation der Stahlindustrie in Belgien, besonders beim auch in Luxemburg agierenden Arcelor-Mittal-Konzern, der sowohl Kapazitäten als auch Personal reduziert und über die Rolle der Gewerkschaften und wie die PVDA / PTB die Belegschaften unterstützt.

Eine Beschreibung der Aufgaben und Tätigkeit der Karl-Liebknecht-Schule der DKP sowie der Geschichte des Hauses seit seiner Erstellung in Eigenleistung durch Mitglieder und Freunde der KPD, über die Beschlagnahme im Faschismus, Rückgabe nach 1945, erneute Beschlagnahme 1956 und gerichtlich erzwungene Rückgabe an die Kulturvereinigung Leverkusen, die es an die DKP vermietet hat.

